

Bezugspreis: Vom 16.-22. Sept. 4 Millionen Mark voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 16.-22. September für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich u. Luxemburg 5 100 000 M., für das übrige Ausland 6 000 000 M. Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Himmelt“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einseitige Anzeigenzeile kostet 500 M. Restsumme 2500 M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 100 M. (zulässig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 80 M. Stellengruppe das erste Wort 80 M., jedes weitere Wort 70 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 60 M. Schlusssatz 12 000

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonntag, den 16. September 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Vollredaktion: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depotkassa Lindenstraße 3

Keine Friedenslöhne der Arbeiter.

Erklärung des ADGB. gegen Dr. Stresemann.

Der Reichskanzler Dr. Stresemann hat in seiner Rede vom 12. September vor den Vertretern der deutschen Presse die Behauptung aufgestellt, daß die Löhne „vielfach über den Friedenslöhnen“ liegen.

Diese Behauptung muß auf irrigen Informationen beruhen und darf nicht un widersprochen bleiben. Entscheidend ist nicht der Nominallohn, sondern die Kaufkraft des Lohnes. Vor dem Krieg konnte sich ein Arbeiter mit einem Stundenlohn ein Pfund Qualitätsfleisch kaufen. Anfang dieser Woche betrug der Tagesdurchschnittslohn 10 bis 12 Millionen Mark. Ein Pfund Fleisch kostete zur gleichen Zeit 11 Millionen. Der Arbeiter mußte also für die gleiche Menge Fleisch 8 Stunden arbeiten, während er es früher mit dem Lohn einer Stunde kaufen konnte.

Tatsächlich liegen die Verhältnisse so, daß die fortschreitende Marktentwertung und die ihr mehr und mehr parallel laufende Steigerung der Preise die vereinbarten Löhne ständig überholen, da die Arbeiter ihre Einkäufe nicht zur Zeit der Vereinbarung, sondern erst frühestens eine Woche später machen können. Maßgebend kann aber nur die Kaufkraft des Lohnes in der Verbrauchswoche sein.

Ein paar Beispiele: Ein Metallarbeiter verdiente in der Woche vom 30. Juli bis 5. August 58 000 M. Stundenlohn. Am 6. August kostete ein Pfund Schmalz 230 000 M. Er mußte also über 4 Stunden arbeiten, um es kaufen zu können. Im Frieden kostete es 80 Pf. Er erhielt damals 70 Pf. Stundenlohn. In kaum mehr als einer Stunde verdiente er genug, damit er es kaufen konnte. Am 3. September kostete ein Pfund Schmalz 2 400 000 M. Der

Stundenlohn des Metallarbeiters betrug in der Woche vom 27. August bis 1. September 840 000 M. die Stunde. Er mußte also nahezu 3 Stunden arbeiten, um es zu kaufen.

Bergleitet man den Stundenlohn des Metallarbeiters in der letzten Augustwoche mit der Reichsindexziffer der Verbrauchswoche, die 1845 261 betrug, so ergibt sich, in Goldmark umgerechnet, ein Stundenlohn von 0,45,5 Goldmark gegenüber einem Stundenlohn im Frieden von 0,70 bis 0,80 M. Dabei ist zu beachten, daß die Reichsindexziffer die Miete berücksichtigt. Der Lohn ist also trotz der niedrigen Miete auf fast die Hälfte des Friedenswertes gesunken. Werden jetzt die Mieten von Monat zu Monat erhöht, so verschärft sich die Lage zuungunsten der Lebenshaltung der Arbeiter.

In den letzten Wochen hat sich das Verhältnis von Kleinhandelspreis und Lohn eher verschlechtert, da die Marktentwertung mit Ausnahme der letzten Tage unabsehbare Abmessungen annahm. In anderen Berufen ist die Lage der Arbeiter gleich trostlos. Die Beispiele würden für die verschiedensten Waren zu demselben Ergebnis führen. Die Kaufkraft der Löhne hat sich so verringert, daß von einer Ueber-schreitung des Friedensreallohnes gar keine Rede sein kann.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund muß daher entschieden Verwahrung einlegen gegen die angeführte Behauptung, die nur den Unternehmern Anlaß bieten kann, unter Berufung auf die Äußerung des Reichskanzlers, die Löhne zu drücken.

Der Bundesvorstand
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Währung und Reichsfinanzen.

„Es handelt sich augenblicklich um die kritischste Periode, die seit Gründung des Reiches überhaupt da war, vielleicht um die kritischste Periode, die in der Existenz eines großen Reiches je vorhanden gewesen ist.“ Mit diesen Worten charakterisierte Genosse Hilferding in seiner Rede im Reichswirtschaftsrat die finanz- und wirtschaftspolitische Situation Deutschlands. Was er an Einzelheiten zum Beweise für diese These vorbrachte, war erdrückend und überfließt die Vorstellungen, die die breite Öffentlichkeit sich bisher trotz aller erschreckenden Zahlen über die Finanzlage des Reiches gemacht hat. Zu diesem Zustand haben in erster Linie die ungeheuren Ausgaben, die der Ruhrkampf erfordert, geführt. Steuermittel standen nicht zur Verfügung. Eine unmittelbare und fühlbare Belastung der Wirtschaft, insbesondere ihrer leistungsfähigen Kreise war nicht vorhanden, und soweit sie beabsichtigt wurde, begegnete sie dem allerhöchsten Widerstand. Mittels der Notenpresse wurden die Billionenbeträge herangeschaffen, mit denen das Reich alle finanziellen Anforderungen erfüllte.

Das hat zu dem Zustand geführt, daß das Reich alle nur denkbaren finanziellen Ansprüche befriedigen sollte. Jede finanzielle Verantwortung ist geschwunden. Bei Ländern und Gemeinden ist sie ebenso wenig vorhanden, wie bei anderen öffentlichen Körperschaften, gemeinnützigen Organisationen oder gar den Privaten. Nachdem das Reich nach Eintritt in den Ruhrkampf alle finanziellen Bedürfnisse der besetzten Gebiete erfüllt, hat die Meinung rasend um sich gegriffen, auch alle übrigen Geldbedürfnisse könnten auf demselben Wege befriedigt werden. Unter der Regierung Cuno ist nie gewagt worden, dieser Meinung zu widersprechen. Unbekümmert um die Folgen, ohne Verantwortung für die Reichsfinanzen, vielleicht sogar ohne die Erkenntnis der gewaltigen Gefahr, die eine solche frivole Finanzpolitik mit sich bringt, wurde jede Anforderung bewilligt. Das Reich wurde nicht nur zum alleinigen finanziellen Träger der besetzten Gebiete, der Länder, Gemeinden und aller sonstigen öffentlichen Körperschaften, sondern auch zum Kreditgeber und finanziellen Unterstützer eines großen Teiles der Privatwirtschaft.

Die Folge war die vollständige Zerrüttung der Reichsfinanzen, der immer schnellere Verfall der Währung, die Beunruhigung der Wirtschaft, der Rückgang der Arbeitsleistung, die Demoralisierung aller Unterstufen, der beschleunigte Ruin des Mittelstandes, die Ausraubung von Kleingewerbe und Kleinhandel, die Untergrabung der Existenz der Lohn- und Gehaltsempfänger und der Rentner. Gleichzeitig aber hatte der sicher unerschöpfliche Geldzufluß insbesondere nach dem Ruhrgebiet infolge des völligen Mangels einer wirksamen Kontrolle eine gewaltige finanzielle Stärkung der rheinisch-westfälischen Großunternehmungen zur Folge. Seit Monaten gehen von diesen Kreisen die großen Devisen- und Effektenkäufe aus. Nur sie verfügen über die gewaltigen Mittel, die dafür erforderlich waren. Sie, für deren Erhaltung das Reich und die Massen des unbefestigten Gebietes so ungeheure finanzielle Opfer gebracht haben und täglich weiter bringen, haben diesen Existenzkampf Deutschlands durch ihr Tun geradezu untergraben. Es ist das trübste Kapitel in dem Kampf um die Erhaltung von Rhein und Ruhr, daß diejenigen, für deren Existenz das deutsche Volk die schwersten Leiden auf sich genommen hat, die Devisenkrisen hervorgerufen haben, die allen Widerstand zu erschlagen drohen.

Es ist deshalb die höchste Zeit, daß das Volk Klarheit erhält über die ungeheure finanzielle Miswirtschaft, die unter der Regierung Cuno betrieben worden ist. Sie zu liquidieren ist die denkbar schwierigste Aufgabe. Aber die Aufgabe muß gelöst werden. Daß das mit Härten für den Einzelnen verbunden ist, der bisher alles der rührenden Sorge des Reiches überlassen hat, ist selbstverständlich. Aber diese Härten dürfen den Weg zur Gesundung nicht versperren. Die Gesundung der Wirtschaft bedingt das rücksichtsloseste Vorgehen und die schärfste Voranstellung der Interessen des Reiches an der Ordnung seiner Finanzen. Diesem Ziel müssen alle anderen Interessen untergeordnet werden, denn es ist in Wirklichkeit das Ziel, von dessen Erreichung die Rettung des Reiches und die Wiederrückführung der Wirtschaftswirtschaften abhängig ist. Ohne die Erkenntnis, daß die Notenpresse stillgelegt werden muß, die jene ungeheure Verantwortungslosigkeit gezeugt hat, die den Verfall Deutschlands in drohende Nähe rückt, ist das nicht zu erreichen.

Hilferding aber hat sich nicht darauf beschränkt, die Ursachen für Deutschlands trostlose Finanzwirtschaft aufzuzeigen, sondern er hat auch die Mittel zur Abhilfe dargelegt. Neben dem planmäßigen und fristmäßigen Abbau der Ruhrkredite sollen auch alle anderen Ausgaben bis auf das Maß, das für die unmittelbare Erhaltung des Reiches notwendig ist, gedrosselt werden. Es soll auch Schluß gemacht werden mit der ganzen Zukunftswirtschaft. Länder und Kommunen sollen wieder eigene Steuerquellen und damit die Verantwortung für ihre eigenen Ausgaben erhalten. Im großen und ganzen

Strafen für Steueraboteure.

Wie wir hören, beabsichtigt die Reichsregierung eine Verordnung, in der Aufforderung zur Steuerabotage und Zurückhaltung von Lebensmitteln unter Strafe gestellt werden. Man wird von den einzelnen Landesregierungen erwarten müssen, daß sie dieser notwendigen Maßnahme jede erdenkliche Unterstützung zuteil werden lassen. Es ist erinnerlich, daß z. B. in Bayern von nicht ganz unbekanntem Persönlichkeiten und Organisationen gegen die Steuererlasse in unverantwortlicher Weise gehandelt wird.

Die Mark in New York.

Die gestrige Schlussnotierung der Mark in New York bot gegenüber den Vortagen keine wesentliche Veränderung. Auf Berliner Parität ergibt sich für den Dollar ein Preis von 111,11 Millionen Mark nach dem Geld- und von 107,52 Millionen Mark nach dem Briefkurs.

Bereitstellung von Notstandsarbeiten.

Heranziehung privater Kredite.

Der Preussische Landtag hat beschlossen, die Staatsregierung zu ersuchen, in Verbindung mit den preussischen Provinzen, Kreisen und Gemeinden Pläne bereit zu halten, um der wachsenden Arbeitslosigkeit durch öffentliche Arbeiten (Hoch- und Tiefbauten, Bodenverbesserungen usw.) entgegenzuwirken. Um eine methodische Erfassung aller sich bietenden Arbeitsgelegenheiten zu ermöglichen, hat der Minister für Volkswohlfahrt jetzt die Regierungspräsidenten aufgefordert, Listen aufzustellen, in denen die sofort greifbaren Notstandsarbeiten unter Angabe der Finanzierung sowie die früher oder später möglichen Notstandsarbeiten unter Angabe der noch erforderlichen Vorarbeiten aufgeführt sind.

Der Erlass enthält im übrigen einige grundsätzliche Anweisungen über die Förderung von Notstandsarbeiten. Die Fragen der Wirtschaftlichkeit sollen künftig im Hinblick auf die gespannte Finanzlage von Reich und Staat noch stärker als bisher betont werden. Die Schwierigkeiten der Finanzierung dürfen nicht dazu verleiten, wirtschaftliche Erwägungen außer acht zu lassen und über Gebühr staatliche Mittel, noch dazu fast ausschließlich in der Form von Zuschüssen, lediglich unter Hinweis auf die Beschäftigungsmöglichkeit von Erwerbslosen zu fordern. Vielmehr werden nur solche Arbeiten aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu fördern sein, welche die Schaffung von zusätzlicher Arbeitsgelegenheit bezwecken. Es ist deshalb nicht angängig, auch Arbeiten des ordentlichen Haushaltes in das Notstandsprogramm aufzunehmen.

Außerdem werden künftig Darlehen, und zwar möglichst auf wertbeständiger Grundlage, mehr als bisher in Anwendung kommen müssen. Anzustreben ist außerdem zur Schonung der Reichs- und Staatsmittel weitgehendste Heranziehung privater Kredite.

Grundsätzlich ist zu fordern, daß alle Notstandsarbeiten, die nach ihrer Durchführung einen hinreichenden Ertrag abzuwerfen

versprechen, sich selbst zu tragen haben. Bei den übrigen Notstandsarbeiten wird festgestellt werden müssen, ob nicht neben dem Interesse, das die Allgemeinheit an der Beschäftigung Erwerbsloser hat, auch ein besonderes Interesse einzelner vorliegt, das ihre stärkere Heranziehung zu den Kosten rechtfertigt. Zur Prüfung der Anträge ist künftig ein Finanzierungsplan und, soweit es sich um werbende Anlagen handelt, auch ein Rentabilitätsplan beizufügen. Der Finanzierungsplan soll ein klares Bild über die Aufstellung der Kosten ergeben, der Rentabilitätsplan soll erkennen lassen, in welchem Umfang und in welcher Zeit das Baulapital getilgt und in welcher Höhe es verzinst wird.

Sozialdemokratische Forderungen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im preussischen Landtag folgenden Antrag eingebracht:

„Die herrschende große Arbeitslosigkeit wird durch die Stilllegung und Einschränkung von Betrieben aller Art unerträglich verhärtet. Das Ende dieser Erwerbslosigkeit ist noch nicht abzusehen. Die vornehmste Aufgabe des Staates dürfte darin bestehen, alle brachliegenden Arbeitskräfte möglichst restlos dem Produktionsprozeß einzureihen. Diese Maßnahme ist nur durchführbar, wenn alle Kräfte der Länder und des Reiches mobil gemacht werden. Der Landtag wolle daher beschließen:

1. Die Staatsregierung wird ersucht, sofort mit der Reichsregierung in Verhandlungen zu treten zwecks Bereitstellung von Mitteln zur Ausführung größerer, wirklich produktiver Notstandsarbeiten (Reklamationsarbeiten, Wohnungsbau, Tiefbauarbeiten u. a.);
2. die produktiven Notstandsarbeiten der Gemeinden mit prozentual höheren Zuschüssen als bisher zu fördern;
3. die in produktiver Arbeit nicht unterzubringenden Erwerbslosen den Lebensbedürfnissen entsprechend ausreichend zu unterstützen.

Weiter wird die Staatsregierung ersucht, schnellstens von ihrem Recht Gebrauch zu machen, die Wartezeit für den Bezug der Erwerbslosenunterstützung von einer Woche auf drei Tage herabzusetzen.

Die Fleischversorgung.

Die Koalitionsparteien haben im Landtag einen Antrag eingebracht, das Staatsministerium zu ersuchen, dahin zu wirken, daß durch umfangreiche, freiwillige Schlachtungen des Weidewirtschafts in der Zeit des Spätherbstes und durch sachgemäße Aufbewahrung dieser Fleisch- und Fettmengen in geeigneten Kühlräumen die Fleisch- und Fettversorgung der Großstädte während der Monate März, April und Mai nach Möglichkeit sichergestellt wird.

Gleichgültigkeit in Spanien gegenüber dem Staatsreich wird von unabhängigen Korrespondenten gemeldet. Daß der König, zum ersten Male, bei der Ankunft in Madrid nicht begrüßt wurde, ist schon wohl mehr als Gleichgültigkeit. Die Presse steht unter Zensur und schweigt.

stimmen die Absichten Hifferdrings überein mit der Haltung, die die Sozialdemokratie bisher eingenommen hat. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien ist von ihr immer gefordert worden, daß Ausgaben nur im Rahmen der Einnahmen bewilligt werden dürfen und daß die Freigiebigkeit, die das Reich bei Entschädigungszahlungen und Entgelten für Sachlieferungen an den Tag gelegt hat, ebenso schädlich ist, wie die Unterlassung wirksamer Steuermaßnahmen. Neben dem Abbau der Ruhrkredite gebietet es deshalb die finanzielle Situation Deutschlands, daß die Entschädigungszahlungen aller Art vorläufig suspendiert werden. Auch die Vereinfachung bei den Sachlieferungen muß sofort unterbunden werden.

Aber auch die schärfste Einschränkung der Ausgaben wird den Stillstand der Notpresse nicht herbeiführen können. Nach dem Reich nur einen so geringen Teil seiner Ausgaben durch Steuern, daß auch die stärkste Einschränkung der Ausgaben das Gleichgewicht des Haushaltes nicht herstellt. Das wird um so weniger der Fall sein, wenn die Einnahmen des Reiches noch verkürzt werden. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet ist der Abbau der Ausfuhrabgabe und der Kohlensteuer überaus gefährlich. Er würde bedeuten, daß leistungsfähigen Schichten Lasten abgenommen werden, die durch die Notpresse den Leistungswachen in verstärktem Maße auferlegt werden müssen. Die Einnahmen des Reiches müssen also stark erhöht werden. Endgültig wird das nur durch jene große, im Zusammenhang mit der Lösung des Reparationsproblems stehende Finanzreform möglich sein, für deren Kernstück die Erfassung der Sachwerte absolut notwendig ist. Aber gleichzeitig damit und bereits vorher müssen die bestehenden Steuern in noch höherem Maße als bisher wertbeständig gemacht werden. Die Privatwirtschaft kennt nur noch wertbeständige Zahlungen. Allein der Staat hat diesen Grundsatz noch nicht verwirklicht. Zölle und Ausfuhrabgabe müssen daher in Gold erhoben werden. Für die Betriebsabgabe der Industrie und der Landwirtschaft kann dieselbe Anforderung gestellt werden. Auch andere Steuern werden in ihrem Ertrage immer noch durch verspätete Zahlung oder einen zu niedrigen Multiplikator entwertet. Ein schwerer Mangel scheint uns endlich in der Tatsache zu liegen, daß die Steuergelder zum großen Teil an die Finanzämter der Gemeinden abgeliefert werden, dort tagelang nutzlos liegen und von den Girozentralen der Privatwirtschaft zu niedrigem Zins ausgeliehen werden, bevor sie an das Reich gelangen.

Wird so der Versuch zur Ordnung der Finanzen des Reiches gemacht, so wird auch die Währungsanie- rung durchgeführt werden können. Denn die Sanierung der Währung bedingt die Sanierung der Finanzen, wie andererseits die Sanierung der Finanzen unmöglich ist ohne die Sanierung der Währung. Sie aber setzt einen genügenden Vorrat an Gold und Goldwerten voraus, um darauf die Ausgabe eines wertbeständigen Zahlungsmittels vorzunehmen. Stärker als der Goldfonds der Reichsbank ist der Goldfonds der deutschen Wirtschaft. Sie hat einen großen Teil des Goldes aufgelesen, der aus dem Goldbestand der Reichsbank im Verlaufe dieses Jahres verschleudert wurde. Diese Beträge und die goldwerten ausländischen Zahlungsmittel, die die Wirtschaft besitzt, gehören jetzt in die Hände des Reiches, müssen zur Bildung eines Münz- und Goldfonds verwendet werden, der bei gleichzeitiger Sanierung der Reichsfinanzen auch die Möglichkeit zur Sanierung der Währung gibt.

Kommunistisches Programm.

Zur thüringischen Regierungskrise.

Raum haben die Kommunisten die thüringische Arbeiterregierung gestürzt, mit der gemeinsam sie in den letzten Jahren alle grundlegenden Gesetze über den staatlichen Neuaufbau Thüringens beschlossen haben, ist auch schon das neue Programm da. In der Demagogie und im Versprechen sind die Herrschaften groß. Im Handumdrehen ist natürlich ein Programm da, das die gebratenen Tauben den armen

Die Arbeit der Volksbühne.

Von Max Hochdorf.

In der Volksbühne wird der Winter vorbereitet. Täglich von zehn Uhr vormittags bis drei Uhr nachmittags Probe. Das bedeutet eine große Anstrengung der Kunstnerinnen. Die alten Kräfte des Theaters müssen auf den neuen Geist des Direktors und Regisseurs umgestimmt werden. Es ist kein pathetischer, nur ein energischer und hoffender Geist, der sich entfalten möchte. Direktor soll weislich wenig von dem zu sagen, was sein wird. Er könnte der Versprechungen viele machen. Er tut es nicht. Und diese Zurückhaltung wäre zu loben.

Man spielt zunächst den „Abtrünnigen Zaren“ von Carl Hauptmann. Gerhard Hauptmanns fetter Bruder fühlte sich, solange er lebte, etwas verlassen, sogar beträchtlich vernachlässigt. Es ist wahr, man spielte ihn hier und da. Er war einigen Kritikern und Kunstfreunden so fest ans Herz gewachsen, daß sie ihn mit Andacht verhielten. Aber es war nie der große Erfolg der Theater. Nun bleibt abzuwarten, welchen Klang man an der Volksbühne aus seinem Wert herausholen wird. Diese Auf- führung am Ballonplatz wird eine Art Totenfeste sein, doch eine Feier, um einen Entschlafenen lebendig und beliebt zu machen.

Dann wird „Figaros Hochzeit“ von Beaumarchais folgen. Das Spiel der Idyllen, in die ein beharrlicher Revolutions- wille hineindrängt, hat die Regisseure und die Komödianten seit anderthalb Jahrhunderten gereizt. Da waren stets zwei Stille zu geben: Erst die Leichtigkeit der Intrigue. Es muß funkeln und blitzen auf der Bühne. Die Leidenschaft, die sehr leichtfertig scheint und kalopp geschürzt, muß tanzen. Die Jungen und die Mädchen der Schauspieler müssen gelöst werden. Beinahe ein Scherzspiel nach alter, galanter Art ist ja herunterzuwühlen. Dann aber kommt das zweite Element: Stumme Revolte, Verbitterung, Eindringlich- keit des Wortes. Der störrische Figaro, der Hausarr, ist ein Wei- der, Sohn einer getretenen Klasse, dessen Töchter den Angehö- rigen der höheren Klasse nur wie eine bequem zu erlegende Jagd- beute vorkommen. Die Lohndigkeit der Sitten ist zu entlarven durch das große, moralische, aufgebäumte Wort. Eine Revolution, jene Revolution, die 1789 in Paris entbrannt ist, hat unter dem Strahlen- und Manns- und Weibsgelände zu rumoren. „Figaros Hochzeit“ an der Volksbühne soll ein Drama von historischer Beweiskraft, ein Scherzspiel, wenn man will, ein Festspiel werden, an dem zu lernen ist, wie aus kleinen Ursachen die mächtigen Wirkungen entstehen.

In diesem Sinne ist es auch aufzufassen, wenn für den Winter eine Neueinstudierung des „Don Carlos“ geplant wird. Vor zwanzig Jahren war eine Revueinstudierung des „Don Carlos“ eine ziemlich bequeme Arbeit. Paul Schrenker, der kluge Pfadfinder auf dem Felde des Naturalismus, brachte als Leiter des Wiener Burg- theaters die klassizistischen Reigungen seiner Künstler nur mit Be-

Profeten nur so zuzustimmen läßt. Wer nicht daran glaubt oder vor Illusionen warnt, ist ein „Verräter“.

Es versteht sich am Rande, daß als Somjeterjah der Betriebsrätekongress paradiert. Freilich wirds mit ihm genau so gehandelt wie mit den Arbeiterräten in Ruß- land auch. Der König absolviert, wenn er uns den Willen tut. Der thüringische Betriebsrätekongress bekommt die schönsten Funktionen zugewiesen. Nur die Kommunisten werden sich ihm nur dann fügen, wenn es ihnen paßt und ihr Pro- gramm zum feinsten erhebt. Ausdrücklich heißt es:

„Stimmt der Betriebsrätekongress mit Kleinbauerndelegierten diesen Sicherheitsmaßnahmen (den Hundertschaften und Kontroll- ausschüssen. D. Red.) zu, dann besteht für die SPD. kein Hin- dernis mehr, sich an einer „gemeinsamen Regierungsbildung mit der SPD. zu beteiligen“.

Schon die Klausel zeigt, was von der kommunistischen Verbeugung vor dem Massenwillen zu halten ist. Er wird da respektiert, wo sie glauben, ihn zur Entfaltung ihrer Paradedoktrin benutzen zu können. Im übrigen wird fest drauf los versprochen. Die Bevölkerung soll mit allen lebensnotwendigen Gegenständen billig versorgt, die staatlichen Betriebe zur Vinderung der Not ausgenutzt werden (Einnahmen dürfen sie aber offenbar nicht bringen), Staatskredite sind den Genossenschaften zu ge- währen, die Ernte wird beschlagnahmt und verteilt, — natür- lich auch billig. Alle Betriebe müssen weiter arbeiten unter Leitung der Betriebsräte. Kredite gibt natürlich auch der Staat. In diesem Stille geht es weiter, ohne daß auch nur mit einer Silbe angedeutet wird, woher die Mittel zu nehmen sind und wie alle diese geistreichen Ideen verwirk- licht werden sollen, denn Thüringen ist ja bekanntlich nicht das Reich.

Vielleicht ist als Ersatz dafür die Forderung an das Reich anzusehen, wonach alle Verbrauchs- und Verbrauchssteuern ab- zuschaffen sind, während die Vermögen durch Wegbesteue- rung bis auf die Höhe des Existenzminimums zu befehti- gen sind. Da außerdem noch jede Spekulation kurzerhand er- ledigt wird, wäre dann die soziale Frage schnell gelöst. Außen- politische Sorgen hat man in der SPD. nicht, denn es wird von den Rettern der Ration die Beseitigung aller „Bankrott- und Kapitulationspolitiken“ aus der Regierung ver- langt. Damit will man wohl andeuten, daß man Frankreich anders als Streifenmann siegreich zu schlagen gedenkt.

Wer wird nicht schließlich dafür sein, daß alles besser werden muß und daß man die Sache schon decheln wird, wenn man dem Kapitalisten auf die Wade rückt. Das ist so einfach, daß es jeder Arbeiter einsehen, und nur die Bonzen, die die Arbeiter verraten, finden meist noch Schwierigkeiten. In Wirklichkeit zeigt diese Programmschulsterei, daß man gar nicht daran denkt, auf dem harten Boden der Wirklichkeit für die Arbeiterklasse zu arbeiten, den Weg ins Freie durch ernste Leistungen zu ebnen. Rot und Glend der Massen sollen nicht Antriebe zu ehrlicher Arbeiterpolitik, sondern zu neuen Verwirrungsaktionen dienen, die nur neue Schwierig- keiten aufzurufen werden.

Die deutschvölkische Korruption.

Die „Voss. Ztg.“ veröffentlichen ein Rundschreiben der Schutzvereinerung der Genossen der Deutschvölkischen Bank, das zu dem täglichen Gezeiter der Halentreuzer über „jüdische“ Finanzpraktiken in einem pikanten Gegensatz steht. Es heißt da u. a.:

Ungeheuerliche Vorkommnisse zwingen uns, die bisher aus östli- chen Rückfragen geübte Zurückhaltung aufzugeben und rückstillos vorzugehen. Nicht nur der völkische Charakter des ganzen Unter- nehmens ist aufs höchste gefährdet, sondern außer bereits verlorenen gewaltigen Vermögenswerten drohen den Genossen auch noch weitere Verluste. Die früheren Aufsichtsratsmitglieder Vandergierhorst Senne, Richard Kunze und Aufsichtsratsvorsitzer Behrens sowie die von der ersten Generalversammlung im April eingewählten Revisoren Kauf- mann Wolff und vereid. Bücherrevisor Schilling haben festgestellt, daß der Vorstand so grobe Verstöße gegen die Sicherheit der

Bank und die Vermögenswerte der Genossen begangen hatte, daß ihm eine Entlastung unter keinen Umständen erteilt werden konnte. Es steht ferner unzweifelhaft fest, daß sich der Vorstand auf Kosten der Genossen große Vermögensvorteile verschafft hat. In den letzten Tagen ist z. B. das größte Vermögensobjekt der Bank, die Ziegelei und das Gut Sommerfeld, für einen Spottpreis an einen Herrn „Liebschütz“ unter Bestand des Rechtsanwalts „Berthauer“ verkauft worden. Das von der Bank verbannte Rundschreiben stellt die Tatsachen geradezu auf den Kopf. Nur die Rücksicht auf eine größere Anzahl Genossen, insbesondere kleinerer Geschäftsleute, hat uns davon abgehalten, Anzeige bei der Staatsanwaltschaft zu erlösen. Alle weiteren „Ungeheuer- lichen“, die jeder Beschreibung spotten, sowie das Vorleben des 1. Vorstandsmittgliedes, des früheren Staatsanwalts Geras, werden eingehend in der Generalversammlung besprochen werden.

Im April d. J. mußten fünf Vorstandsmitglieder der Nationalsozialistischen Partei zu hohen Geldstrafen, erlahmte zu einem Jahr Gefängnis, verurteilt werden, weil sie sich gegen das Bankgesetz vergriffen hatten, beim Franzosenfall in das Ruhrgebiet forderte ein Deutschvölkischer dazu auf, die Gelder der freiwilligen Ruhrspende zu Parteizwecken zu miß- brauchen, der Fuchs-Prozess brachte den Beweis, daß die Halentreuzer sich nicht scheuen, französische Gelder zu nehmen — es braucht also nicht weiter in Erfraunen zu sehen, wenn es in dem Bankinstitut der Deutschvölkischen nicht ganz nach sauberer Wäsche duftet.

Die Goldmarkpreise für Kohle.

Für Kohle gelten nach den Beschlüssen des Reichskohlenverbandes und des großen Ausschusses des Reichskohlenrats vom 17. Sep- tember ab Goldmarkpreise. Diese liegen ganz wesentlich über den Vorkriegspreisen, auch dann, wenn man nur die sogenannten Nettopreise berücksichtigt, welche die durch Kohlensteuer, Umfah- steuer und Händlerzuschlag entstehenden Erhöhungen nicht enthalten. Die Preise sind dann immer noch bei rheinisch-westfälischer Kohle um etwa 80 Proz. höher als vor dem Kriege.

Vom Montag, den 17. September ab, werden die Kohlenpreise nicht mehr in Papiermark, sondern in Goldmark veröffentlicht und berechnet. Erfolgt die Zahlung in Papiermark, so werden die Papiermarkbeträge nach der amtlichen Dollarnotierung an der Berliner Börse (Mittelkurs zwischen Geld- und Briefkurs; ein Dollar gleich 4,20 Goldmark) am Tage nach Zahlungseingang in Goldmark gutgeschrieben. Aus den ab 17. d. M. geltenden Preisen verbleiben den Gruben im Ruhrrevier für eine Tonne Fettsäure- kohle 19,26 Goldmark, in Oberschlesien für eine Tonne im Durch- schnitt aller Sorten 13,56 Goldmark, in Niederschlesien bis 17,00 Goldmark, in Sachsen bis 20,30 Goldmark, in Ibbenbüren bis 17,29 Goldmark, in Mitteldeutschland und Ostelbien für eine Tonne Braunkohlenbriketts 10,45 Goldmark.

Die Verkaufspreise, die die Verbraucher zu bezahlen haben, erhöhen sich um den Betrag der Kohlensteuer, Umfahsteuer, den Beitrag für den Bergarbeiterwohnungsbaue und den Zuschlag für den Handel. Sie betragen z. B. für eine Tonne Ruhrfettförder- kohle 28,08 Goldmark, während sie im Durchschnitt aller Sorten in Oberschlesien 19,51, Niederschlesien 23,28, Sachsen 27,50, Ibbenbüren 24,68 Goldmark ausmachen.

Hiernach stellt sich der Verkaufspreis für eine Tonne

Oberschlesische Flammstückerkohle auf	22,98 Goldmark
Niederschles. Kohle gewaschen (Bürschstein)	27,14
Sächsischer Stückerkohle	28,09
Niederschles. Gieberei-Stückerkohle	42,48
Ruhrfettförderkohle	28,08
Ruhrfettstückerkohle	37,21
Ruhrstückerkohle	41,01
Mittel- u. ostelb. Braunkohlenbriketts	14,58

Die Verkaufspreise erhöhen sich noch weiter durch Frachten und durch den Verdienst der Händler.

Dadurch, daß die Kohleindustrien jetzt ebenfalls zu den Gold- preisen übergehen, wird also der Kohlenpreis, der bisher wenige Tage hindurch feststand, fast täglich schwanken. Dieser Zustand wird auf die Preisgestaltung der kommunalen Werke, der Eisen- bahnen usw. von starkem Einfluß sein, die jetzt schon große Preis- erhöhungen angekündigt haben.

hutsamkeit ins Gedämpfere und Menschliche hinüberzuführen. Er fand an seinem Theater eine Truppe, die besser reden als sich be- wegen konnte. Der Film war noch nicht der Feind des Theaters geworden, die Dekorations noch nicht das Hindernis des gesprochenen Wortes. Inzwischen sind aber die estatischen Schauspielertänze Mode geworden. Auch die Schauspieler, die nach Volkstümlichkeit trachteten, ihre Regisseure nicht minder, sie waren alle einem bestigen Expressionismus hingegeben. Das gestammelte und gestöhnte Wort hatte das gesprochene allzu häufig ersetzt. Jetzt ist, so das Wort all- mählich wieder als Werk geführt werden kann, der Kern des Zu- schauers wieder für die Tirade zu wecken. Tirade und nicht Tendenz, d. h. blühendes Gefühl und nicht logische Trockenheit. Gefühl, das berechtigt wird und die Junge erlöst, auch das liegt im Winterwillen der Volksbühne, der jetzt Herr Hell vorsteht.

Mit Sorgen, mit Skeptizismus, mit Fleiß. Denn der Theater- direktor einer Volksbühne, und besonders der Leiter der größten deutschen Volksbühne darf heute nicht nur ein träumender Mann der Kunstexperimente sein. Er muß auch ein handfester Kämpfer volkstümlicher Kunstpolitik sein. Er muß sogar Kohlenkommissar und Rechenmeister sein. Als Kohlenkommissar muß er sich ent- schließen, das „Neue Volkstheater“ in der Köpenicker Straße zu schließen, wenn das Haus erst Heizung verlangt. Solange die Witterung es erlaubt, wird man in der Köpenicker Straße noch spielen. Dann aber muß die Gemeinde der Volksbühne sich allein mit dem Haus am Ballonplatz begnügen.

Daß sie es freudig tue! Daß sie es auch opferfreudig tue! Der Arbeitsstundenlohn eines 24jährigen Arbeiters, das wird der Ein- trittspreis sein: Etwas Schamantes, etwas sehr Unsicheres, und der Zukunft ausgeliefert bleibt alles. Daß die Zukunft das Haus trage —

Das Puppenhaus der Königin.

Für eine Ausstellung im Jahre 1924 wird in England ein Puppenhaus hergestellt, das Puppenhaus der Königin. Sämtliche Einzelheiten werden durch erfahrene Künstler, Handwerker, Arbeits- leute jeder Art gefertigt. Das Haus soll aufbewahrt bleiben für die Nachwelt und so in ornamentaler Gestalt eine Darstellung der höchsten Verfeinerung des häuslichen Lebens in unserem Zeitalter sein. Das Haus ist in verfeinertem Renaissancestil nach Art vornehmer Landhäuser gebaut. Decken, Türen, Fenster, Kamine, Tafelung sind von einem führenden Architekten entworfen, die Decken durch bekannte Künstler gemalt. Das Haus enthält ein Bibliothekszimmer, in dem in Galobänden Bücher in Postkartengröße gesammelt sind, Bücher bekannter Autoren, die besonders für diese Bibliothek ge- schrieben sind. Selbstverständlich, daß elektrisches Licht, Wasser- leitung, Telefon nicht fehlt. Und ebenso selbstverständlich ist die Küche mit den modernsten Geräten ausgestattet, mit denen man die feinsten Puppenküchen kochen kann. Es wird so der Nachwelt ein Bild häuslichen Lebens in unserem Zeitalter aufbewahrt.

Wäre es nicht vielleicht lehrreich für die Nachwelt, wenn man in Deutschland ein Gegenstück herstellte zu diesem Puppenhaus der

Königin? Vielleicht würde man recht geeignetes Material finden in den Wohnungen der Roten, von denen der „Vorwärts“ berichtet. Da könnte man geflickte Inlets und Beistühle ohne Bezüge zeigen, Kinderbetten, in denen fast erwachsene Mädchen zusammen mit kleinen Geschwistern schlafen, dunkle Küchen und Stuben, in denen eine Heberzahl von Personen zusammenhaft, Küchen, in denen nur zerbrochenes Geschirr vorhanden ist, leere Keller, in denen es an Holz und Vorräten jeder Art fehlt. Vielleicht könnte auch die Dar- stellung der Wahlzeiten geschaffen werden, die man in diesen Woh- nungen der Roten zu sich nimmt, wobei allerdings wohl außer trockenem Brot und wenigen Kartoffeln nicht viel darzubieten wäre. Aber auch hier könnte man in einer Schublade Puppen unter- bringen, die genau so zerlumpt geflickt wären, wie es für diese Wohnungen der Roten paßt, und vielleicht könnte auch ein Buch ge- schrieben werden über die Pflichten dieser Puppen, geduldig zu sein und dankbar auszuharren in den nackten Häumen und voll Demut zu hungern und nichts weiter zu verlangen als leere Töpfe und kalte Dosen.

Es würde lehrreich für den Geschichtsschreiber der Nachwelt sein, wenn wir solch Puppenhaus der deutschen Rot herstellen. Er würde manches daraus lernen, das er heute aus dem Puppenhaus der Königin nicht erlernen kann. Vielleicht würde es auch für die Mitwelt lehrreich sein, wenn wir es fertigen und 1924 zur Aus- stellung nach England schickten. Oder vielleicht bereiten wir es vor als Weihnachtsgeschenk für Mr. Poincaré und legen ausgewiesene Ruhrarbeiter in Puppenabildung hinein. Aber vielleicht wäre es auch für manchen in Deutschland gut, wenn wir ihm ein Puppenhaus der Rot zeigten.

Neue Erfolge der Flugtechnik.

Zwei neue bedeutende Flugleistungen lenken die Aufmerksamkeit darauf, daß nun die Flugtechnik daran ist, ihre bisherigen Erfolge auszubauen und zu übertreffen. Aus New York wird gemeldet, daß der Marinespionier Sanderson imstande war, eine Stun- dengeschwindigkeit von 429 Kilometern zu erreichen. Ein Piloter, der imstande wäre, diese Geschwindigkeit längere Zeit beizubehalten, könnte den Erdball am Äquator in etwa 96 Stunden umkreisen. Das wäre also in vier Tagen, wenn ein Flugzeug im- stande wäre, diese rasende Schnelligkeit beizubehalten. Um die Um- drehungsgeschwindigkeit der Erde zu erreichen, müßte die Flug- geschwindigkeit auf das Vierfache des Ausmachtes gesteigert werden, das jetzt erreicht wurde. Das wird in absehbarer Zeit kaum möglich sein, weil es jetzt ja noch gar nicht sicher ist, daß diese neueste Schnellflug auch wirklich über eine solche Strecke ausgeführt wurde, da man zunächst aus einer über kurze Strecken erzielten Schnelligkeit die Stundenleistung berechnet hat. Immerhin ist auch das schon etwas Besonderes. Man kann sich vorstellen, daß es mit solchen Schnelligkeiten möglich sein wird, den Ocean zwischen Europa und Amerika in acht bis zehn Stunden zu überqueren, also innerhalb eines Tages.

Ebenso brachtenwert ist der Höhenflug, den der Franzose Bécarré bis auf 10 741 Meter Höhe ausgeführt hat. Damit hat er allerdings nicht seine frühere Leistung vom 1. August 1923 über- boten, die ihn bei Bloccoublay bis 10 800 Meter hoch führte. Man ist nun schon nahe an 11 Kilometer aufgestiegen, auf Höhen, die vor-

Ein Dementi.

W.B. meldet:

Der „Vorwärts“ bringt in seiner Morgenausgabe vom 15. September eine Gegenüberstellung der von dem Statistischen Reichsamt gegebenen Ausfuhrziffern mit der Angabe über die in den Monaten Mai, Juni und Juli erteilten Ausfuhrbewilligungen, die der Reichswirtschaftsminister, soweit sie bis zu seiner demontierten Rede vorliegen, in seinen Ausführungen im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat verwertet hat.

Die beiden Zahlenreihen sind deshalb nicht vergleichbar, weil die Ausfuhrbewilligungen den tatsächlichen Ausfuhrziffern voranstellen und sich auch durchaus nicht gleichlaufend entwickeln. Die Ausfuhrbewilligungen spiegeln den Auftrags-eingang wider und sind daher der Prüfstein der Konjunktur. Mit Rücksicht auf diese symptomatische Bedeutung sind sie von dem Reichswirtschaftsminister verwertet worden. Selbst wenn man den Gesichtspunkt in Betracht zieht, daß für die Rückläufigkeit dieser Zahl der Abbau der Außenhandelskontrolle mitspricht, so ist doch unverkennbar der erhebliche Rückgang der Ausfuhrbewilligungen als solcher ein bedenkliches Warnungszeichen für die Entwicklung unseres Außenhandels.

Gegenüber diesem Dementi müssen wir aufrechterhalten, daß die tatsächliche Entwicklung des Außenhandels in den letzten Monaten gegen eine Verminderung des Exports spricht und daß das Bedenken gegen die Zuverlässigkeit der Ausfuhranträge für die Beurteilung der Exportaussichten nach wie vor bestehen bleibt. Von dem Wirtschaftsminister v. Raumer aber in seiner bekannten Rede nicht erwähnt wurde. Es ist übrigens durchaus sicher, daß die Anträge auf Ausfuhrbewilligungen in letzter Zeit auch deswegen zurückgegangen sind, weil für viele Waren die Freiliste besteht und Ausfuhrbewilligungen nicht erforderlich sind. Außerdem hat der in Aussicht stehende Abbau der Außenhandelskontrolle dazu geführt, daß die Interessenten lieber die Aufhebung der Exportkontrolle abwarten, als jetzt zu exportieren, wo die Ausfuhrabgabe noch besteht. Durch derartige Momente wird aber der Wert der Mitteilungen des Herrn v. Raumer für die grundsätzliche Beurteilung des Exports vorat herabgemindert, daß wir gegen eine solche Darstellung Einspruch erheben mußten.

Amsterdam und Genf.

Genf, 15. September. (Eigener Drahtbericht.) Hier verlautet, daß der Internationale Gewerkschaftsbund am kommenden Montag dem Völkerbund die Aufforderung übermitteln wird, sich mit der Reparationsfrage zu beschäftigen. Die Aufforderung wird sich auf den Willen der zwanzig Millionen Mitglieder des Internationalen Gewerkschaftsbundes berufen.

Paris, 15. September. (T.L.) Lieber Paris wird gemeldet, daß Außenminister Dr. Benesch einen neuen Plan ausgearbeitet habe, der den Völkerbund mit der Reparationskommission zu einer Zusammenarbeit bei der Lösung der Reparationsfrage.

Genf, 15. September. (W.B.) Die gegenwärtig in Genf weilenden Vertreter der Bänderbündnisse, darunter sämtliche Mitglieder des Zentralvorstandes, nahmen nach einer gemeinsamen Besprechung eine Entschließung an, in der sie die Ermordung der italienischen Offiziere in Janina und die Beschädigung Korfu, welche den Tod unschuldiger Menschen zur Folge hatte, verurteilten und einstimmig die Zuständigkeit des Völkerbundes im griechisch-italienischen Konflikt, wie bei allen Gebietsverletzungen eines Mitgliedsstaates gegenüber einem anderen feststellen. Völkerbundrat und -versammlung werden aufgefordert, ihre Bemühungen zur Herbeiführung einer gerechten Regelung des Konflikts unter voller Anwendung der Bestimmungen des Völkerbundespaktes fortzusetzen und dazu die Tagung zu verlängern.

London, 15. Sept. (Kenter.) Die Frist des italienischen Ultimatum an Südslawien ist verlängert worden. Die Verhandlungen dauern auf der Grundlage der neuen italienischen Vorschläge, deren Charakter nicht bekannt ist, an.

her auch nicht mit dem Ballon erreicht werden konnten. Noch vor zehn Jahren glaubte man, daß es nie möglich sein werde, mit dem Flugzeug über 10 000 Meter hoch zu kommen, weil es dann nicht mehr von der dünnen Luft getragen würde. Seit drei Jahren ist es viermal Fliegern gelungen, solche Höhen zu erreichen, zweimal in Amerika und einmal in Europa.

Es war ein Ereignis, als der Franzose Batham am 29. August 1909, also vor vierzehn Jahren, bei Reims 135 Meter hoch kam. Ein Jahr später erreichte derselbe Flieger die ersten tausend Meter Höhe. Seit dem Ende des Krieges hat Vicoente in Frankreich am 9. Mai 3000 Meter überschritten, und jetzt kam er noch 2600 Meter höher als damals. Es ist ein gewaltiger Fortschritt, und noch ist die Höhe des Möglichen nicht erreicht.

Die neue Operette des Metropoltheaters: „Casinogirls“ dient zweien Herren, Guido Thielscher mit seinem Berliner Witz und Edward Künnele mit seiner gefühlvollen Musik. Die Verbindung zwischen den beiden unvereinbaren Größen wird hergestellt durch Fritz Friedmann-Friedrich und Georg Olanowski, die den Text geliefert haben. Das Resultat der vielfachen Bemühungen könnte man nicht unterschätzen. Die Librettisten haben Offenbach und seine Nachfolger ausgekostet und einen witzigen Sereuismus aufs Tapet gebracht, der in seinem angestammten Miramare eine Spieltheater mit Damenbetrieb entdeckt und dort auf Abenteuer geht, während sein Sohn sich in eine Tänzerin verliebt, die natürlich eine obenteuernde Prinzessin ist. Hochzeit ist kein Unmensch, versteht alles, verzehrt alles, um so mehr, als er in der Leiterin der Spielbank eine Frucht eines früheren Liebesverhältnisses entdeckt. Guido Thielscher, den beinahe ein Arrestbefehl eines anderen Theaters seinen Premierenspflichten entzogen hätte, ist unerschöpflich in seinen Berliner Witz aus der Konfessionsgegend. Künnele, der Komponist des armen Vettors, und mancher anderen sein instrumentierten und gefühlvollen Operettenkomposition kommt in dem neuen Genre nicht recht zur Wirkung. Ihm fehlt der Schwung Offenbachs, soweit er seine Qualitäten entfalten kann, in den sentimentalen Liebespartien erinnert er freilich an seine bessere Vergangenheit. Das Ballet war mit der gewohnten Leichtigkeit und Farbenfreude ausgestattet. Unter den Darstellern stand Margit Suchy obenan, ihre Kunst, ihr angenehmes Organ halfen zum Erfolg. Als Kochmann vertrat die sentimentale Rolle. Erik Wildhagen war der rechte Liebhaber. Der ulkige Berliner Sachse und Oberknecht Siegfried Arno verdient besondere Hervorhebung.

Musikerkonk. Das Berliner Ensemble (Bläser) Dreherer veranstaltete Dienstag 15. Uhr im Saalbau Friedrichshagen unter Leitung von Camillo Hilberbrand einen Instrumentalabend. — Das erste Konzert, das am 15. September 7. Uhr in der Volkshalle mit dem Philharmonischen Orchester stattfand. Solist: Ignaz Friedmann.

Bühnenchronik. In der Uraufführung von Hermann Giesels „Lederknecht“, die die Künge Bühne am Sonntag, den 14. September, mittags, im Staatlichen Schauspielhaus veranstaltete, sind die weiblichen Hauptrollen besetzt mit Agnes Straub, Gerda Müller, Lucie Mannheim, Helene Devera.

Theater in Cyrenen. Sonntag, Tannhäuser mit Vera Schwarz als Elisabeth und Rudolf Sandberg als Tannhäuser. Dienstag, „Tosca“ mit Vera Schwarz und Rudolf Sandberg. Donnerstag, „Onegin“ mit Waldemar Staegemann und Frau Jurjenkaja.

Zum Tode Wilhelm Pfannkuchs. Weitere Beileidskundgebungen.

Der Reichspräsident, dessen Kundgebung an den Parteivorstand im letzten Abendblatt wiedergegeben war, hat an die Witwe des verstorbenen Genossen Pfannkuch das folgende Beileidschreiben gerichtet:

Sehr geehrte Frau Pfannkuch!

Die Nachricht von dem Tode Ihres von mir hochgeschätzten Vaters hat mich tief bewegt und ich bitte Sie und Ihre Familienangehörigen, die Versicherung meiner herzlichsten Teilnahme entgegenzunehmen. In dem Verstorbenen ist wieder einer aus dem Kreis der Lebenden geschieden, der einst an der Wiege der deutschen Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratischen Partei gestanden und unermüdet und zukunftsfähig den harten und langen Weg ihrer Entwicklung führend mitgegangen ist. Seine Herzensgüte, sein warmes Empfinden für alle Räte, sein hohes Verantwortungsgesühl haben ihm schon lange in weiten Kreisen unseres Volkes Achtung und Verehrung gewonnen; seine auch im hohen Alter noch unermüdete Arbeitskraft und seine große Erfahrung vertieften ihm während langer Jahre im parlamentarischen wie im gesamten öffentlichen Leben Deutschlands eine besondere Bedeutung. Mit der Geschichte der Arbeiterbewegung wie der Sozialdemokratie Deutschlands ist sein Name eng verbunden; er wird auch mir stets unvergessen bleiben.

Mit herzlichsten Grüßen bin ich
Ihr ergebener
gez. Ebert.

Weiter sind folgende Beileidstelegramme eingegangen:

Zum Hinscheiden des Genossen Wilhelm Pfannkuch spreche ich der Parteileitung und den Familienangehörigen des Dahingegangenen das innigste Beileid aus. Möge die im Parteileben nirgends einzig dastehende Riesensumme von Arbeit, die der Verstorbene in treuer Pflichterfüllung Jahrzehnte hindurch unermüdet tagaus tagein für die Arbeiterklasse geleistet hat, der jungen Generation ein leuchtendes Beispiel sein. Ehre seinem Andenken!

W. Schmiedel,
Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Georgiens.

Die Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands spricht der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aufrichtiges Mitgefühl aus zu dem schweren Verlust, den sie durch den Tod Pfannkuchs erlitten hat. Das Andenken dieses unermüdeten und verdienstvollen Vorkämpfers und Veteranen der deutschen Arbeiterbewegung wird auch in Russland der sozialdemokratischen Arbeiterpartei unvergessen bleiben.

15. September 1923.

Mit beiführenden Grüßen

Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
Russlands.

R. Abramowitsch. Th. Dan.

Aufhebung der Verkehrssperre.

Köln, 15. September. (W.B.) Da die Verkehrssperre zwischen den besetzten Gebieten und dem unbesetzten Deutschland voraussichtlich in der Nacht zum Sonntag um 12 Uhr aufgehoben wird, treten von diesem Zeitpunkt an für Reisen zwischen der besetzten britischen Zone und dem unbesetzten Deutschland die folgenden Bestimmungen in Kraft: 1. Bewohner der britischen Zone können auf Grund des grünen Zirkulationsstempels auf den Personalausweisen ungehindert die Grenze zwischen der britischen Zone und dem unbesetzten Deutschlands überschreiten. 2. Bewohner des unbesetzten Deutschlands erhalten auf schriftlichen Antrag von der Poststelle Dombhof 28 in Köln Gekittscheine zur Einreise in die britische Zone. Allen Anträgen ist ein Personalausweis (nicht Reisepaß) des ständigen Wohnortes beizufügen. Alle Gekittscheine mit dem roten Strich, wie sie bisher in Gebrauch waren, verlieren mit Wirkung vom 30. September 1923 12 Uhr Nachts an ihre Gültigkeit. Weitere Auskunft erteilt die Poststelle Köln, Dombhof 28, Fernsprecher Rosen 2940/41.

Der Geldraub.

Beamte der belgischen Militärpolizei beschlagnahmten am 6. September bei der Reichsbanknebenstelle in Sülich 18 984 750 000 Mark, bei der Nebenstelle Homburg (Rhein) wurden am 7. September 810 000 000 M. ohne Quittung fortgenommen. Außer den bereits gemeldeten „Beschlagnahmungen“ der Belgier am 3. d. M. wurden in der Reichsbanknebenstelle Neuh 63 142 850 000 M. Reichsbanknoten und 1 301 295 000 M. Rotgeld aus dem Bezirk der belgischen Besatzungsarmee fortgenommen.

In einer Bochumer Wirtschaft nahmen die Franzosen 20 Milliarden dort zur Auszahlung kommende Erwerbslosengelder weg.

In Mülheim (Ruhr) wurden am 13. September acht Eisenbahner, die Lohngehälter abholen wollten, von den Franzosen festgenommen. Weitere Eisenbahner, die danach mit der Abholung beauftragt wurden, wurden ebenfalls festgenommen und ihnen 44 Milliarden Lohngehälter abgenommen.

Le Trocquer im Ruhrgebiet.

Paris, 15. September. (W.B.) Der Minister für öffentliche Arbeiten reist morgen nach dem Ruhrgebiet. Er geht sich dort zwei Tage aufzuhalten und die in die französische Regie übernommenen Kolereien und Zechen zu besichtigen.

Teilsfreis im Ruhrrevier.

Köln, 15. September. (W.B.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet: Im Ruhrbergbau kommt es vereinzelt zu neuen Lohnstreiks. Von den unterirdischen Kohlenbezirken sind die Belegschaften verschiedener Zechen in den Aufstand getreten. Im Gelsenkirchener Bezirk sind die Belegschaften der Zechen Consolidation und Saarburg wegen Lohnforderungen in den Aufstand getreten.

Der Kampf gegen die Teuerung.

Außerordentliche Maßnahmen in Bayern.

München, 15. September. (Eigener Drahtbericht.) In Bayern stehen auf dem Gebiete des Ernährungswesens außerordentlich scharfe Maßnahmen bevor. In der Hauptsache handelt es sich dabei um die von großen Kreisen der Bevölkerung schon seit langem geforderte Kontrolle bei der Ausfuhr bayerischer Lebensmittelprodukte. Die Einführung dieser Kontrolle scheiterte bisher an dem Widerspruch der Reichsregierung. Das bayerische Kabinett hofft aber, daß es dem gegenwärtig in Berlin weilenden Minister des Innern, Dr. Schweyer, gelingen wird, diesen Widerstand zu beseitigen, nachdem die bayerische Regierung unüberlegliche Beweise von Massenverleibungen bayerischer Produkte ins besetzte Gebiet in Händen hat. Andere Maßnahmen bringen eine scharfe Kontrolle und Einschränkung des Auktions- und Händlerturns. Dagegen haben schon früher Organisationen des freien Handels Widerspruch erhoben mit dem Einwand, daß eine solche Maßnahme nur geeignet wäre, den landwirtschaftlichen Genossenschaften des Dr. Heim eine unbeschränkte Monopolstellung zu verschaffen.

Wirtschaft

90 Prozent Reichsbankdiskont.

Die Reichsbank hat ihren Diskontsatz seit gestern von 30 auf 90 Proz. heraufgesetzt. Sie ist damit, wieder unter großer Verspätung, den Forderungen gefolgt, welche von der Sozialdemokratie und von den einsichtigen bürgerlichen Finanzkreditern seit langem aufgestellt wurden. Die diesmalige Erhöhung der amtlichen Geldleihrate ist für die gesamte Wirtschaft von besonderer Bedeutung deshalb, weil sie ein Glied in der Kette derjenigen Maßnahmen ist, welche die grundsätzliche Umstellung von der bisherigen Verschleuderung der amtlichen Kredite zu den wertbeständigen Krediten anstreben.

Die Kreditgewährung der Reichsbank, welche noch bis vor kurzem mit der Fiktion arbeitete, eine Mark am 1. April sei dasselbe wie eine Mark am 1. Juli, stellte, wie hier wiederholt dargelegt wurde, ein gewaltiges Geschenk an gewisse Interessentengruppen dar, die von der Reichsbank unmittelbar Kredit erhielten. Während sie ihre Wechselkredite in gutem Glauben nahmen, zahlte sie sie in schlechten zurück. Millardengewinne wurden dadurch erzielt, daß z. B. der Getreidehändler Kredit zum Einkauf von 1000 Zentnern Getreide ausnahm, mit der gleichen Papiermarksumme nach drei Monaten nur den Gegenwert von 2 bis 3 Zentnern zurückzuerstatten brauchte. Der Gewinn, der so erzielt wurde, wurde aus dem großen Topf gespeist, den der Staat zur Bestreitung des größten Teiles seiner Einnahmen benutzte, der Notenpresse. In demselben Maße wie der Kreditnehmer der Reichsbank profitierte, wurde die Kaufkraft der auf Papiermark angewiesenen Lohnempfänger geschlagen. Neben der Inflationssteuer, die der Staat heute für sich in Anspruch nahm, erhoben die Interessenten eine zusätzliche Inflationssteuer von den wirtschaftlich Behrlofen.

Man ist nun an der Arbeit, herbeizuführen, daß die Kredite nur noch auf wertbeständiger Grundlage vergeben werden. Die Reichsbank hat seit einiger Zeit wertbeständige Lombardkredite eingeführt, deren Verbreitung sich bis jetzt nicht übersehen läßt, weil sie im Reichsbankausweis von den gewöhnlichen Lombardkrediten nicht unterschieden werden. Diese Kredite müssen mit einem Entwertungszuschlag zurückgezahlt werden, entsprechen freilich noch nicht ganz der Forderung nach Goldkrediten, sind aber immerhin in hohem Maße geeignet, eine Spekulation auf die Entwertung der Mark auszuschalten.

Um nun das Verlangen nach wertbeständigen Krediten zu fördern, das Interesse an Papiermarkkrediten zu nehmen, muß die amtliche Geldleihrate auf eine Höhe gebracht werden, welche einen Nutzen bei der Entnahme von Papiermarkkrediten verhindert. Unter diesem Gesichtspunkt ist die neue Diskonterhöhung, obwohl sie die stärkste jemals dagewesene Heraufsetzung des Geldsatzes darstellt, zu gering. Werden doch am freien Geldmarkt bis zu 3 Proz. täglich, also 1080 Proz. jährlich an Zinsen für die Kredite verlangt. Andererseits ist es natürlich nicht möglich, mit einem Schlage den amtlichen Diskontsatz auf mehrere hundert Prozent zu erhöhen.

Daß die Rücksicht auf die wertbeständigen Kredite bei diesen Maßnahmen entscheidend war, ergibt man daraus, daß man für Lombardkredite mit Entwertungsklausel einen niedrigeren Zinssatz angelegt hat. Dazu wird mitgeteilt:

Nach dem Wortlaut des § 15 des Bankgesetzes kommt für den Lombardverleiher der Reichsbank nur ein Lombardzinsfuß in Betracht. Es war daher nicht angängig, für Papiermarkdarlehen und wertbeständige Darlehen je eine besondere Rate festzusetzen. Da die Reichsbank Lombardkredite mit verhältnismäßig hohen Ausnahmen nur noch auf wertbeständiger Basis gibt, hat sie auch ihren Lombardzinsfuß auf die Erfordernisse des wertbeständigen Darlehens abgestellt und demgemäß auf 10 Proz. jährlich normiert.

Es ist jedoch schon ein wesentlicher Fortschritt, daß man jetzt mit einmal die Geldleihrate um das Doppelte des bisherigen Standes heraufsetzt, während man früher vor viel geringeren Erhöhungen zurückgeschreckt ist. Der Fortschritt ist zu begrüßen, wenn die Reichsbank sich der Konsequenz bewußt bleibt, daß diese Politik weitergeführt werden muß bis zur völligen Abdrosselung aller spekulativen Kredite.

Das Ergebnis der Goldanleihe.

Ueber das bisherige Ergebnis der wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches wird mitgeteilt:

Das vorläufige Ergebnis der Goldanleihe beträgt 76 Millionen Goldmark. Das Ergebnis, das sich unmittelbar vor Zeichnungsschluss durch Erfassung der Devisen voraussichtlich noch erhöhen wird, wird als befriedigend bezeichnet. Sofort nach Schluss der Zeichnung wird der Börsenhandel in die Wege geleitet. Im Gegensatz zu den Dollarkonventionen wird der Kurs der Goldanleihe an fünf Tagen der Woche, außer Sonnabend, gehandelt. Etwa 3000 Sparlofen, die der Girozentrale angeschlossen sind, werden ihre Goldkonten auf Grund der Goldanleihe fortlaufend berichtigten.

Das Ergebnis der wertbeständigen Anleihe ist auch nach unserer Auffassung befriedigend, besonders, wenn man es mit der Auflegung der Dollarkonvention vom März d. J. (auf Dollarkonventionen) vergleicht, auf die seinerzeit nur etwa 50 Millionen Goldmark gezeichnet worden sind.

Bei der Würdigung des Ergebnisses der wertbeständigen Anleihe muß noch berücksichtigt werden, daß die Zeichnung in eine Zeit fiel, wo die Kaufkraft und damit auch die Sporkraft der breiten Massen außerordentlich geschwächt war durch Teuerung und durch Umfänge der Arbeitslosigkeit. Wenn ein großer Teil der Arbeiterschaft nur wenige Goldmark die Woche verdient, können für eine Sparsamkeit der breiten Masse große Beträge nicht zur Verfügung stehen. Die Anleihe ist trotz des Drängens der Sozialdemokratie, die sie schon vor einem Jahre gefordert hat, viel zu spät herausgekommen.

Wenn man aber das Ergebnis der Goldanleihe betrachtet im Hinblick auf die gewaltigen Summen, welche heute der Vorse zur Effektenpekulation zusteifen, so ist immerhin eines auffallend: Das Reich hat hier eine mit 6 Prozent verzinsliche Kapitalanlage geboten, die absolut sicher ist, weil jeder Staat, der einmal seine Währung konieren will, seine alten Goldschulden anerkennen muß und weil die Höhe der Anleihe gegenüber den sonstigen Verpfändungen Deutschlands und gegenüber den Einnahmen eines gesunden Haushalts, wie wir ihn schließlich doch einmal bekommen müssen, verschwindend gering ist. Bisher haben die Kapitalisten immer behauptet, daß die Industrieunternehmungen nur sächlich geringe Zinsen abwerfen. Da aber viele Kreise die Aktie immer noch der festverzinslichen Anleihe vorziehen und schließlich sich doch nicht die ganze Börsenspekulation aus Leuten zusammensetzt, die nur spekulieren, um Geld zu verlieren, ergibt das bisherige Zeichnungsergebnis, daß die Verzinsung der Industriepapiere, bei der man natürlich nicht nur die Dividenden berücksichtigen muß, wesentlich höher ist als 6 Prozent. Das wird man sich auch für Lohnverhandlungen merken müssen.

Gewerkschaftsbewegung

Kontrolle der Preisgestaltung!

In der bürgerlichen Presse wird jetzt ein systematischer Feldzug gegen die Arbeiterschutzesetze geführt. In derselben Presse geht man auch mit der längst widerlegten Behauptung hausieren, daß die hohen Preise eine Folge der hohen Löhne seien. Die Wirtschaftskrise, die unheimliche Formen anzunehmen beginnt, ist die schlagendste Widerlegung dieser Behauptung. Abzusehen von den Betrieben, wo die Unternehmer aus Gründen der Steuerabgabe Arbeiterentlassungen vornehmen, oder die Produktion ganz einschränken, wird die Absatzkrise verursacht durch die abnehmende Kaufkraft der großen Massen der Verbraucher.

Die Lohnentwicklung der letzten Wochen ist immer mehr zurückgefallen hinter die Preisentwicklung. Heute reichen die Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und auch der großen Masse der Beamten kaum noch aus, um damit von der Hand in den Mund zu leben. Die erschreckend zunehmende Zahl der Kurzarbeiter führt auch mit der Kurzarbeiterunterstützung im buchstäblichsten Sinne des Wortes ein Hungerdasein. Für Kurzarbeiter ist auch bei Vollarbeitern kaum noch die Möglichkeit vorhanden, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit nehmen infolge dieser verminderten Kaufkraft ständig zu.

Nach den Mitteilungen, die am Donnerstag im Reichsrat gemacht wurden, beläuft sich infolge der zunehmenden Arbeitslosigkeit die Summe, die das Reich jetzt zur Unterstützung der Arbeitslosen und Kurzarbeiter aufbringen muß, auf 6 Billionen im Tag. Bei der rasenden Teuerung bedarf es keiner Prophetengabe, um vorauszuweisen, daß diese Summe in der nächsten Woche sich verdreifachen oder vervierfachen wird. Während so das Reich zu Ausgaben gezwungen wird, die es unmöglich auf die Dauer leisten kann, sperren die Unternehmer ihre Betriebe und lassen mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten. Sie weigern sich, auf ihre Ubergewinne, die sie aus der Wertentwertung ziehen, zu verzichten. Sie weigern sich, ihre ausgekauften Devisen und Rohstoffvorräte zur Erfüllung ihrer Steuerpflicht anzugreifen. Sie überlassen die Arbeiterkassen dem fürchterlichsten Elend und stellen es dem Staat anheim, dieses Elend durch unzureichende Erwerbslosenunterstützungen zu mildern.

In der kapitalistischen Presse wird immer behauptet, daß eine öffentliche Bemerkung verteuern würde, daß die Gemeinwirtschaft nicht imstande sei, das Problem der Produktion und der Verteilung zu lösen. Die Zustände aber, in die uns die kapitalistische Wirtschaft jetzt hineinführt, sind der offene Bankrott dieser kapitalistischen Wirtschaft.

Die Sanierungsmassnahmen, die jetzt von der Regierung versucht werden, können nur technische Notbehelfe sein, wenn mit ihnen nicht Hand in Hand ein großzügiges Wirtschaftsprogramm verwirklicht wird. Die Voraussetzung einer Gesundung unserer Wirtschaft ist zunächst die Ausübung einer scharfen Kontrolle und eines Vetorechts des Staates über die Syndikate und Kartelle.

Man fordert jetzt allgemein eine Belebung des Baumarktes. Wie stellt man sich diese Belebung aber anders vor, als durch eine Erhöhung der staatlichen Bauzuschüsse, die ihrerseits wieder aufgebracht werden müssen durch die großen Verbrauchermassen. Läßt man aber die Baustoffsyndikate in der bisherigen Weise weiter wirtschaften, dann bedeutet eine derartige Belebung des Baumarktes nichts anderes als eine Subventionierung des Baustoffkapitals durch den Staat auf Kosten der breiten Verbrauchermassen. Bedingung einer Belebung von Bauzustufen muß sein: die schärfste Kontrolle über die Preisfestsetzung der Baustoffsyndikate. Im übrigen verweisen wir gerade auf diesem Gebiet auf das Programm, das der Geschäftsführer des Verbandes sozialer Baubetriebe, Dr. Martin Wagner, auf dem Deutschen Bauhüttenstag in Hamburg entwickelt hat.

Solange nicht die Preisgestaltung der Roh- und Halbstoffe bestimmend beeinflusst wird, und zwar beeinflusst vom Staate als Vertreter der breiten Verbrauchermassen, so lange wird jede produktive Erwerbslosenfürsorge nichts anderes sein als eine Förderung der Preisbildung der Roh- und Halbstoffsyndikate. Und deshalb ist das Gutachten des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Vorkäuflichen Reichswirtschaftsrates bezüglich der Befähigung der Aufsichtskontrolle die gefährlichste Maßnahme, die man sich denken kann. Allerdings heißt es dann in einem Teil der Resolution, daß der Ausschuss, und zwar einstimmig, der Ansicht ist, daß die Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern mit Handel und Konsumenten, wie sie in den Außenhandelsauschüssen auf wirtschaftlichem Gebiete durchgeführt wurden, auch in Zukunft im Interesse der deutschen Wirtschaft in anderer Form erhalten bleiben und zweckmäßig nicht auf Fragen des Außenhandels beschränkt bleiben soll. Der Ausschuss schlägt vor, daß in Angliederung an den Reichswirtschaftsrat für die Wirtschaftsbereiche Fachauschüsse gebildet werden sollen. Solche Fachauschüsse, in denen aber nicht etwa die Industriellen einen überwiegenden Einfluß haben dürfen, sind zur Ausübung der Preiskontrolle über die Syndikate und Kartelle zu ernennen. In diesen Ausschüssen haben sich die ungeheuerlichsten Auswüchse entwickelt. Gang abgesehen von der Qualitätsverschlechterung, werden oft Grundstoffen angenommen, die die Friedenspreise um ein Vielfaches übersteigen und die dann multipliziert werden mit dem Dollarkurs. Es ist also eine ganz plumpe Verführung der

Öffentlichkeit, wenn man jetzt mit der Behauptung kredenzt geht, als seien es die Löhne, die die Preisgestaltung bestimmen. Nur durch die Uberteuering der Waren und somit der Steigerung der Lebenshaltungskosten wird eine Anpassung der Löhne an die Preise notwendig. Die Preissteigerung ist aber eine so rasende und die Anpassung der Löhne eine so fehlerhafte, daß diese immer mehr hinter den Preisen zurückbleiben, die Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger aushöhlen und so zu der Wirtschaftskrise führen, die heute ihr erdrückendes Gewicht auf die öffentlichen Finanzen wie auf jeden einzelnen ausübt. Nur wenn wir die kapitalistische Produktion unter die schärfste Kontrolle nehmen, können wir wieder zu einer Gesundung der Wirtschaft kommen.

Unsere werten Inserenten

machen wir darauf aufmerksam, daß die jeweiligen Anzeigenpreise regelmäßig am Kopf des „Vorwärts“ angezeigt sind / Besondere Benachrichtigung bei Preisänderungen erfolgt nicht

VORWÄRTS-VERLAG G.m.b.H.

Vor Stilllegung Anhörung der Betriebsvertretung.

Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat in einem Erlass die Demobilisierungskommission ersucht, vor Fällung ihrer Entscheidungen die Vorschriften des § 3 Abs. 1 der Stilllegungsverordnung vom 8. November 1920 besonders zu beachten. Danach ist der Demobilisierungskommission verpflichtet, nicht nur mit der Betriebsleitung, sondern auch mit der Betriebsvertretung ins Benehmen zu treten, um die Umstände der beabsichtigten Maßnahme aufzuklären. Gegebenenfalls sind, worauf ebenfalls noch besonders hingewiesen wird, auch die Gewerkschaften zu den Verhandlungen hinzuzuziehen.

Der Konflikt im Bankgewerbe.

Am gestrigen Sonnabend sollten entscheidende Verhandlungen zwischen dem Reichsverband der Bankleitungen und den Angestelltenorganisationen stattfinden. Die Bankleitungen erklärten jedoch, daß sie mit ihren Beratungen über eine Festmarkentlohnung der Angestellten und über den Kompromißvorschlag des Reichsarbeiterschiedsgerichts noch nicht zu Ende seien und haben deshalb im Einverständnis mit den Angestelltenverbänden die Besprechungen, die eine Regelung für das ganze Reich bringen sollen, bis auf Montag vertagt. Man hofft, daß die von einzelnen südwestdeutschen Angestelltenorganisationen inzwischen gefassten Streikbeschlüsse bis zur endgültigen Erledigung dieser Verhandlungen vertagt werden.

Lohnabschluß in der chemischen Industrie, Sektion Ia.

Für die chemische Industrie wurde am Freitag, den 14. September, für die Zeit vom 12. bis 18. September verhandelt. Es kam folgende Vereinbarung zustande:

Der Spitzenlohn des männlichen Vollarbeiters in Fachgruppe II, Ortsklasse I, beträgt 5 Millionen. Die übrigen Spitzenlöhne werden hieraus in allen Ortsklassen und Fachgruppen wie bisher errechnet.

Die Löhne aller übrigen Altersklassen werden um 175 Proz. erhöht; die angehenden Handwerker erhalten einen Lohn, der 2 Proz. über dem Lohn des gleichwertigen Fabrikarbeiters liegt. Die Stundenlöhne werden auf volle 1000 M. abgerundet, bis 400 M. nach unten, über 400 M. nach oben. Die sozialen Zuschläge betragen 4 Millionen pro Kopf und Woche. Die Höchstgrenze für die gemäß § 7 des Reichsarbeitsgesetzes zu zahlende Zulage beträgt 40 000 M. pro Stunde. Die Abrundung der auszu zahlenden Nettobeträge erfolgt in der bisherigen Weise, d. h. bis 400 M. nach unten, über 400 M. nach oben auf volle Tausend.

Ferner wurde vereinbart, daß spätestens am Montag eine Abschlagszahlung in Höhe von 80 Millionen für Vollarbeiter, 60 Millionen für Arbeiterinnen und 30 Millionen für Jugendliche unter 17 Jahren geleistet wird. Die Verhandlungskommission beschloß einstimmig, das Abkommen sofort abzuschließen. (Tarifverträge sind ab Montag abend beim Verband der Fabrikarbeiter, Engelauer 24/25, gegen Vorzeigung der Legitimation und Erstattung der Selbstkosten abzuholen. Zusendung erfolgt nicht.)

Lohnverhandlungen für die Metallgießereien.

Die Verhandlungen mit der Vereinigung Berliner Metallgießereien am Freitag haben folgendes Resultat erzielt: Für die Woche vom 10. bis 16. September werden die Tariflöhne erhöht in Klasse I um 3,809 Millionen, II um 3,684 und in Klasse III um 3,373 Millionen, so daß die tariflichen Stundenlöhne betragen: in Klasse I 5 100 000 M., II 4 950 000 M., III 4 550 000 M. Die Akkordpreise werden um 295 Proz. erhöht. — Die Arbeitgeber nehmen zu diesem Verhandlungsergebnis, das die Kommission der Arbeitgeber zur Annahme empfehlen wird, am Montag abend Stellung.

Betriebsräte im Aufsichtsrat.

Anfang Oktober wird für Betriebsräte im Aufsichtsrat ein Sonderkursus beginnen. Es sollen Fragen besprochen werden, die sich aus der Teilnahme der Betriebsräte an Aufsichtsrats-sitzungen ergeben, insbesondere: Das Aufsichtsratsgesetz und die auf den Aufsichtsrat bezüglichen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches und der handelsrechtlichen Nebengesetze. Voraussetzung für die Teilnahme sind Vorkenntnisse der Buchhaltung und des Bilanzwesens. Hörortarten für Betriebsräte im

Aufsichtsrat und für solche Kollegen, die über genügende Vorkenntnisse verfügen, sind im Bureau der Schule (Engelauer 24/25, Hof 1) erhältlich. Lehrberatungs-Sprechstunden finden Montags und Freitags von 4 bis 7 Uhr statt.

Kollegen, die sich für die hier behandelten Fragen interessieren, ohne die notwendigen Vorkenntnisse zu besitzen, weisen wir auf die zahlreichen privatwirtschaftlichen Kurse hin, die der neue Lehrplan der Schule ausführt.

Freigewerkschaftliche Betriebsräteschule.

Löhne im Zentralverband der Bäcker und Konditoren.

Die Löhne für die Süß-, Back- und Teigwarenindustrie für die Lohnwoche vom 12. bis 18. September betragen für Facharbeiter 4 060 400, für Hilfsarbeiter 3 659 300, für Arbeiterinnen 2 436 200 M. die Stunde. — Die Löhne für die Konditoreibranche für die Lohnwoche vom 10. bis 15. September betragen für Gehilfen 115 Millionen, für Hausdiener und Hilfsarbeiter 100 Millionen, für Kassierer 110 Millionen, für Verkäuferinnen, Kassiererinnen 84 Millionen, für weibliche Hilfskräfte für Küche und Backstube 70 Millionen.

Lohnerhöhung in der Zigarettenherstellung. Die bis zum 8. September geltenden Löhne erhöhen sich für die Woche vom 9. bis 15. September um 150 Proz. Umgerechnet auf die Mai-Juli-Löhne 1922 betragen die Teuerungszulagen für Akkordarbeiter 17 499 900 Prozent, gleich das 175 000fache, Zeitlöhne und Stumpfen 15 799 900 Prozent, gleich das 158 000fache. Der niedrigste Verbandsbeitrag beträgt für die Woche vom 16. September ab 400 000 M. ohne Sozialzulage.

Die Löhne für die Privat-Elektrowerke von Groß-Berlin für die Zeit vom 10. bis 16. September betragen in Gruppe I bis VI 5 226 000, 5 082 000, 4 929 000, 4 570 000, 3 883 000, 3 160 000 M. Die Frauenzulage wird 2 400 000 M., die Kinderzulage auf 4 800 000 M. wöchentlich erhöht. Die Ortsverwaltung.

Angestellte des Elektro-Großhandels! Vor dem Demobilisierungskommissar wurde vereinbart, daß als endgültiges Augustgehalt 22 Juligehälter sofort zu zahlen sind. Der vom Schlichtungsausschuß gefällte Schiedsspruch kommt demnach nicht in Betracht. Außerdem wurde festgelegt, daß bis spätestens 17. September 21 halbe Augustgehälter als Vorschuß auf das Septembergehalt zu gewähren sind. Gegebenenfalls bereits gewährte Vorschüsse sind hierauf anzurechnen.

Jungungschmiede! Die Löhne betragen für die Zeit vom 8. bis 14. September für Schirmermeister 2 250 000 M., Beschlagsschmiede 2 214 000 M., Stod- und Beschlagsschmiede 2 025 000 M., Stodgeschellen 1 800 000 M., Ausgeleitete 1 500 000 M. die Stunde.

Angestellte der chemischen Industrie! Außer den bereits gezahlten 15 Juligehältern am 10. September, 10 Juligehältern am 12. September und 25 Juligehältern am 15. September, findet eine weitere Akkordzahlung von 25 Juligehältern am 18. September statt. Verhandlungen sind am Donnerstag, den 20. September.

Neue Löhne für die Kartonnagenindustrie sind für die Woche vom 14. bis 20. September vereinbart worden. Der Spitzenlohn für Facharbeiter beträgt 5 400 000 M. pro Stunde. Neue Tarife können am Montag in unserem Ortsbureau, Engelauer 24/25, abgeholt werden. Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler. Der Malerlohn für Groß-Berlin beträgt 5 1/2 Millionen pro Stunde. Die Ortsverwaltung.

Ein weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit in Österreich ist zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen ging von 87 248 Ende Juli auf 83 893 Ende August zurück. Hiervon betrug in Wien die Zahl der Arbeitslosen Ende Juli 55 376, Ende August 53 668.

Wagung, 26.9. Rabenmehl Oberhännewinkel Dienstag nachmittags 2 1/2 Uhr in der Reimener-Schule Konferenz aller SPD-Bezirksräte und Funktionäre der Arbeiter und Anwohner. Es ist Pflicht, dort pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Parteilosheit legitimiert.

Der Fraktionsverband.

SPD-Fraktion Anner-Bremse Bismarck Mittwoch nachmittags 4 Uhr in der Aula der Annoncenvermittlung Marktstraße in Bismarck wichtige Fraktionsversammlung der Arbeiter und Angehörigen der Anner-Bremse. Vollzählige Erschienen erwartet.

Der Fraktionsverband.

Deutscher Holzarbeiterverband. Sitzung der ermittelten Ortsverwaltung morgen, Montag, abends 7 Uhr, in Verbindung mit Ortsverwaltung und Schlichtungsausschuß. — Moablit. u. n. b. Fabrikarbeiter der Eisenindustrie. Morgen, Montag, nachmittags 4 Uhr, Versammlung bei Weid, Ringstraße 5.

Genossenschaft der Buchbinder. Montag, Versammlung der Buchbinder und Buchbinder in und außer dem Hause für die Buchbinderindustrie abends 6 1/2 Uhr Rüdigerstr. 197a. Versammlung der Buchbinder. Montag abends 4 1/2 Uhr Rüdigerstr. 197a. Montag, Dienstag, Versammlung der Weiler- und Anner-Bremse-Berliner und Bismarcker. Versammlung der Weiler- und Anner-Bremse-Berliner und Bismarckerinnen. Versammlung der Weiler- und Anner-Bremse-Berlinerinnen und Bismarckerinnen abends 6 Uhr, Gerickestraße 21, Saal 3.

Deutscher Werkmeisterverband, Bezirksverein Neu-West 1. Aufzählender Bescheid am Mittwoch, den 19. September, in den bekannten Bescheid.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: Victor Scherz; Gewerkschaftsbewegung: J. Schneider; Kultur: A. B. Böhmer; Soziale und Sonstige: Fritz Kersch; Anzeigen: Th. Glöck; Amtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, George 2 Verlag.

Beim **Kopfschmerz** Erhältlich in Pulver- und **Citrovanille** und **Oblaten**.
für Herren- u. Damen-Bekleidung
beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf netterweise
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gartenstraße 12-20.

Bettwäsche
Diese Woche extra billige Annehmungsgebote!
Deckbettbezüge, Kissen, Bettdecken :: Inlets
Angestrebte Reismuster und Fensterzweie besonders preiswert
Wäschesätze, Wäschesätze, Tischwäsche, Frühlingswäsche, Wäschesätze, Wäsche, Damast und Handtücher
Fabrikpreise! Fabrikpreise!
Reelle fachmännische Bedienung
Älteste Spezial-Bettwäsche-Fabrik
Gräfenstraße 39 (Hasenheide)
Brunnenstr. 10 (Rosenthaler Pl.)
Spandau, Potsdamer Straße 20

Dänische Margarine
wie Butter im Geschmack
aber um die Hälfte billiger
verteilt die
Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend
G. m. b. H.
in 164 Verteilungsstellen Groß-Berlins

Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten
gehört zu den wichtigsten sozialen Aufgaben der Gegenwart; denn die Verbreitung dieser Seuchen ist ins Ungeheure gestiegen, so daß die Volksgesundheit ernstlich bedroht ist. Jeder Geschlechtskranke muß sich deshalb über naturgemäße, wirksame, unbedenkliche Heilmittel informieren. Dr. med. Ludwig hat hier Schriften verfaßt, in welchen er ein sehr erfolgreiches, giftfreies Verfahren beschreibt.
1. Stellung der Syphilis durch exotisches, unheilvolles, naturgemäßes Verabreichen ohne Einspritzungen, ohne Quecksilber, ohne Salvarsan.
2. Warum werden so viele Tripperkranke nicht wirklich geheilt?
3. Die Stellung der Gonorrhoe.
4. Warum leiden so viele Frauen an Weisfluß?
Ingenährliche, leichtfertige, freilebige Anmerkungen schreiben aus Patiententeilen weisen dankbar auf dieses ärztlich begutachtete Heilmittel hin. Um allen Kranken, welche noch nicht geheilt sind, diese Schrift zugänglich zu machen, hat sich der medizinische Verlag Dr. Matton, G. m. b. H., Berlin SW. 61, Bismarckplatz 3/165, entschlossen, 500 Broschüren gratis abzugeben. Der Versand erfolgt in einem geschlossenen Brief ohne Aufdruck. Angabe des Leidens ist notwendig. Für die Versandpreise sind M. 60 000.— beizufügen. Man schreibe aber sofort, da die Auflage bald begriffen ist.
Marken-Zigaretten Ungeheuer festsetzen im Preis sind alle Lebensmittel und Gebrauchsgüter **Arno Geßner** im „Vorwärts“ sind billig!
Werktstr. 21. Teleph.: Moabit 2114. **Arno Geßner** immer noch

Geschlechtskranke!
Schnellkur
Spezial Dr. Dammanns Heilanstalt Haut-, Geschlechts-, Frauenleiden, der Gonorrhoe nach Pelikan Dr. Drews: der Syphilis und des Chancres.
Potsdamerstr. 123B, Köpenickerstr. 30, 37
9-12, 1-7, Sonntag 10-12.

Das durchlöcherete Dach.

Auch ein Zeichen unserer Not. — Die gestickten Schwindelbauten.

Es wackelt. An vielen Häusern so stark, daß die Verwandlung in ein Sieb schon eingetreten ist. Großstadtdächer haben im allgemeinen eine ziemlich beschränkte Lebensdauer.

Wie sieht es aus?

Das Auge sieht den Himmel offen, das Herz schmelzt nicht in Seligkeit. Auch ohne Dachlaken sieht man durch so manches Dach Sonne, Mond und Sterne leuchten.

Warum keine gründliche Abhilfe?

Eine ganze Reihe von zwingenden Ursachen, die in der abnormen Zeitentwicklung liegen und allen Beteiligten über den Kopf gehen sind, spielen hier mit. Was der Dollarstand für den Markwert, die Reparationsfrage für den Staat, der Lohn für den Arbeiter, die Lebensmittelbeschaffung für die Hausfrau ist, das ist die Dachreparaturfrage für Hauswirt und Mieter.

Kosten waren zum Fenster hinausgeworfen. Sicher gibt es eine nicht geringe Anzahl von Hauswirten, die die Dachreparaturen und andere große Instandsetzungen schuldhaft verzögerten.

Was das Reichsmietengesetz sagt.

Die gesetzlichen Handhaben, gegen Vermieter vorzugehen, welche notwendige große Instandsetzungen nicht vornehmen lassen, stehen fast nur auf dem Papier. Die Baupolizei kann einschreiten und der Gemeindebehörde nahelegen, die Arbeit selbst auszuführen, aber — woher das Geld nehmen, wenn nicht fehlen!

Auch das Beste, das der bei allen großen Fragen halb im Dunkeln tappende Gesetzgeber von heute im Auge hat, wird natürlich unter dem Druck unserer Lebensverhältnisse bald überholt.

Die kommende Woche bringt der Bevölkerung Berlins, die in dieser Hinsicht ja schon an allerhand gewöhnt ist, die ungeheuerlichsten Preissteigerungen. Zu dem Marktbrotpreis von 3 250 000 Mark kommt ein Milchpreis von 4 200 000 je Liter.

Nur noch Millionen!

Prot: 3 1/2, Milch: 4,2, Gas: 3,4, Strom: 6,8, Wasser: 2, Hochbahn: 1, Stadtbahn: 2 Millionen.

Die kommende Woche bringt der Bevölkerung Berlins, die in dieser Hinsicht ja schon an allerhand gewöhnt ist, die ungeheuerlichsten Preissteigerungen. Zu dem Marktbrotpreis von 3 250 000 Mark kommt ein Milchpreis von 4 200 000 je Liter.

Der Milchpreis noch zu gering!

Die wir berichteten, haben sich die ländlichen Behörden genötigt gesehen, auf Drängen der Landwirtschaft die Relation des Milchpreises zum Butterpreis ganz erheblich zu erhöhen.

Von unterrichteter Seite wird uns dazu mitgeteilt, daß diese Forderung der Produzenten sowohl in leitenden Kreisen der Stadtverwaltung als auch bei dem Milchhandel Entrüstung hervorgerufen habe, da sie die Aufhebung aller Verträge und Lieferungsverpflichtungen bedeuten würde.

28]

Kilian.

Roman von Jakob Böhret.

Und also ging man nach Hause, „weinbeschwert“, wie die Dichter singen, und in gehobener Stimmung und war es zufrieden, über eine sauber gewichene Treppe zu steigen und auf einer gebälkerten Sofabede und neben kunstvoll von „Ihr“ bestickten Kissen ein Weiches niederzulassen und den Wein ein wenig aufstoßen zu lassen, bis man sich an den sauber gedackten Tisch setzte, um die Speisen zu vertilgen, die „sie“ und Marie oder Suzanne oder wie die Magd gerade hieß, mit so viel Würde bereitet hatten.

Und die Jahre gingen, und Madame Billwanger stückte neue Sofakissen, und ließ tagtäglich die Treppe wischen und Suppe kochen und Braten richten und wählte einen neuen Hut aus und machte dem Bubi ein Matrosenkleidchen und neue fräutrigere Sentenzen über das Los der Ehefrau, und ward über all dem diät und älter, und stand manchmal am Fenster und sah in die Rue Morronnier hinab, und war irgendwie unglücklich und war voll von einem Haß gegen diese langweilige ewig gleiche Gasse, gegen diesen Mann, der sie verbrauchte und verzehrte mit seiner Haushaltung, dieser Haushaltung mit den ewig gewachsenen Böden und der allmonatlich wiederkehrenden Riesenwäsche. Ihre Schönheit, ihre Jugend, ihre ganze Gefühlswelt hatte sie hingegeben für den Glanz der Parteitribünen! — Und was erhielt sie dafür? Wie anders war es zu erklären, daß seine Küsse so kühl und so selten geworden waren, und daß er überhaupt... ach ja, ja! Er mußte eine andere haben. Oder mehr als eine? Wer kannte denn die Männer, diese ausgeschämte Gesellschaft! — Und also zerquälte sich Madame Billwanger und schnte sich: Wenn doch einer käme, und mich verführen wollte! Herrgott, ich könnte doch noch lieben! Ich könnte... Aber sie hatte zu Hause zu bleiben, wie eine Sklavin, während er aussäufte, so oft ein Küßlein durch die Gasse säufelte.

Derart zerquälte sich Madame Billwanger, hatte oft Mi-

grüne und ward über alledem weder reizvoller noch lebenswürdiger in ihren Reden. Auch sie hatte das Ungeheuer am Binkel, auch ihr schrie es in die Ohren, dieser Musterhausfrau und Mutter: Bist du dazu in die Welt gekommen?

Trotzdem ich das wußte, vermochte ich nicht zu verhindern, daß sie mir gleichgültig und schließlich verhaßt ward, als wäre sie mein bitterster Feind, als hätte sie schuld an der Verpfändung meines Lebens! Denn mit der Ehe hatte es doch schließlich angefangen, jenes unsäglich Furchtbare, nämlich: daß man keinen Gedanken mehr zu Ende denken konnte, und daß man zu keinem Menschen mehr sagen durfte: Freund, du bist mein Nächster! Nein, dem war nicht mehr so. Nächster war nur noch die Familie, und nachher — fertig. Eine Mauer. Schluß. Nachher gab es nur noch Interessengemeinschaften, Kerle, die einem halfen, die Interessen der eigenen Familie zu fördern, weil sie gleichzeitig damit ihre eigenen Familieninteressen schützten. Eine grauenvolle Vereinfachung hatte begonnen mit dem Tage der Eheschließung. Keine Frau durfte man mehr lieben! Keiner Fremden etwas sein. Und doch, was ist denn Schönheit? Besteht sie nicht zum großen Teil aus Geheimnis? Aus der Hoffnung, Unerhörtes zu hören, Unerwartetes zu erwarten? Ist das Alltägliche, ist das Gewohnte schön? — Wie bin ich alltäglich geworden meiner Frau gegenüber in dieser zehnjährigen Ehe!

Verstehen Sie, Mère Juliette, wenn just die Chemänner so zahlreich zu den Dirnen schleichen? Sie folgen dem von der Moral und der Sitte verschüttelten Drang, mit fremden Menschen Uebermensliches, Uebernatürliches zu erfahren, irgendwie die Grenzen des Daseins zu sprengen. Denn, Mutter Juliette, und hier vertraue ich Ihnen meinen letzten Gedanken an: Ich glaube, daß durch die Umarmung die menschliche Seele ihre feinste Vervollkommnung erfährt. — Dieses dunkle Wissen aber zwingt die dunklen Ehrenmänner, nämlich in Hintergassen ihre letzten Möglichkeiten zu verschwenden, zu verderben.

Das ist alles, Mère Juliette, was ich Ihnen zu sagen habe. Sie sehen, es ist nichts. Nichts, was nicht jedermann in der Rue Morronnier erlebt. Seltam ist nur, daß ich hier sitze, und dies alles erzähle. Seltam ist, daß ich mir über dieses Schicksal eines Kleinbürgers völlig im klaren bin, und am seltsamsten, daß ich ihm entrinne.

Wie das gekommen ist? Da ist halt in der Rue Morronnier an der unteren Ecke vor etwa drei Jahren ein Kine-matographentheater aufgetan worden, und seit etwa einem Jahr habe ich kaum ein Programm ausgelassen. Ich war in

dieser Zeit in allen Winkeln der Welt, ich stand an den Geiern von Neu-Seeland, ritt durch die Wüste Sahara, war mit Amundsen im Südpolarkreis, jagte durch die Wälder von Texas und durchfuhr den Panglosskanal. Ich war auf dem Mond, und alles, was ich einst von Ihnen über die Wunder des Weltalls vernommen hatte, ward in mir wieder lebendig, und für Augenblicke erwachte die erstaunliche Wunderkraft, weit über mich hinaus zu denken, uninteressierte Gedanken zu Ende zu führen, trotz den Zweiern und Dreiern Rotwein und Weißwein und trotz der Tintensarbe, in das die Parteipresse das Weltgeschehen zu tauchen beliebt.

Aber das alles hätte nicht genügt, mich zu erlösen. Doch dann sah ich Charlot, diesen frühesten aller Filmschauspieler, sah seine gottvollen Dummheiten, seinen herzhaften Unsin, und ich konnte wieder lachen und begriff auf einmal die ganze Kindlichkeit und Dummheit und Tollheit des Menschengeschehens, begriff blühhaft, daß alles, was der Mensch Schlimmes tut, gar nicht so schlimm, sondern nur dumm ist, und da gestand ich mir, daß es auch gar nicht so wichtig sei, wenn ich mich scheiden ließe, wenn ich aushörte zu trinken, aushörte ein Bürger zu sein, dafür aber meinem angeborenen, leider ver-gessenen Trieb wieder gehorchte: etwas zu schaffen, was nie mehr zerstört werden kann. —

Und so bin ich denn abgereift, habe gestern einen Advokaten beauftragt, die Scheidungsklage einzureichen. Nachher habe ich meinen letzten Rausch getrunken. So, und nun bin ich zu Ende!

„Was wollen Sie als Scheidungsgrund angeben?“ fragte Mère Juliette, die mit gespanntester Aufmerksamkeit zugehört hat.“

„Eben,“ trachte sich Kilian in den Haaren, „der Advokat hat mir gesagt, die Sache sei kühn. Und er hat mir dann bewiesen, daß die Gesetze verlangen, daß wir Madame Billwanger moralisch herunterreißen, da sonst von einer Scheidung keine Rede sein könne. Doch sehe ich nicht ein, warum man schließlich nicht dem Gesetz den Gefallen tun und es erstere nehmen soll, als Charlot die Welt und das Publikum.“

„Und — was gedenken Sie nun anzufangen?“

„Vorerst will ich Ihnen herzlich Dank sagen, daß Sie mit solch seltener Kunst, zu schweigen, dagesessen sind. Ich fühle mich erleichtert, gestärkt, um wieder einmal ein neues Leben anzufangen. Ich grüße Sie, meine liebe Mère Juliette, und ich will gelegentlich von mir hören lassen.“

Damit erhob sich Kilian und schüttelte der alten Frau herzlich die Hand. (Fortsetzung folgt.)

Die Umstellung der Staatsbergwerke.

In der Sonnabend-Sitzung nahm der Landtag zunächst die Verordnung vom 1. September 1923 zur Anpassung der Steuer-
gesetze an die Geldentwertung in allen drei Beschlüssen an. Hierauf
ging das Haus an die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend
Uebertragung staatlicher Elektrizitätsanlagen an eine
Aktiengesellschaft.

Nach der Vorlage wird, was Staatsministerium ermächtigt, für
die Stromversorgung im Weierquell- und Malingebiet eine Aktien-
gesellschaft mit dem Sitz in Kassel zu gründen. Sämtliche Aktien
müssen in den Besitz des Staates gebracht werden und eine Ver-
äußerung der Aktien ist nur mit Zustimmung des Landtages möglich.

Der Entwurf wird in zweiter Lesung nach den Ausschlußbeschlüssen
angenommen; die dritte Lesung soll am Dienstag erfolgen.

Es folgt dann die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs zur
Uebertragung der Verwaltung und Ausübung des staatlichen
Bergwerksbetriebes an eine Gesellschaft mit be-
schränkter Haftung.

Der verstärkte Ausschuss für Handel und Gewerbe empfiehlt
nicht eine GmbH, sondern eine Aktiengesellschaft, deren
gesamter Aktienbestand dem Finanzministerium für den Staat über-
nommen werden soll. Der Handels- und Finanzminister vertreten
den Staat als Aktionär der Aktiengesellschaft zu gleichen Teilen. Der
Finanzminister kann einen Teil der durch ihn vertretenen Aktien
widerruflich an die Preussische Staatsbank (Seehandlung) über-
tragen. Die Veräußerung von Aktien, die Ausgabe von Vorzugs-
aktien, die Erhöhung des Aktienkapitals, soweit die Aktien nicht in
der Hand des Staates bleiben sollen, werden an die Zustimmung
des Landtages gebunden. Zur Deckung der Mittel für die Ueber-
nahme der Aktien wird der Finanzminister zur Aufnahme einer
merzbeständigen Anleihe bis zur Höhe von 5 Millionen
Goldmark ermächtigt.

Abg. Osteroth (Soz.)

gab als Berichterstatter eine eingehende Würdigung des Gesetzes.
Das Gesetz bricht mit einer alten Tradition, mit den bisherigen
Formen der Verwaltung des Staatsbergbaues. Bei allen Parteien,
die politisch mitarbeiten, bestand das Bestreben, dem Staat und seiner
Wirtschaft zu helfen. Wir haben durch den Friedensvertrag den
ganzen Teil der Saargruben verloren. Wir haben den
größten Teil des ober-schlesischen Bergbaubetriebes ver-
loren. Schon das mußte ein Antrieb sein, die eingetragte Basis des
preussischen Bergbaubetriebes zu verbreitern, die Werke auszubauen
und technisch zu vervollkommen. Neben den volkswirtschaftlichen
Gründen, die zur Umstellung drängten, darf man auch folgende
Momente nicht außer acht lassen. Unsere Bergbaubetriebe, unsere
Bergschmelzer gingen dem Staat in die Jahre, wenn sie aber aus-
geleert hätten, konnte der Staat sie nicht halten. In der Privat-
industrie gab es bessere Schalter. So verlor die Staats-
wirtschaft die wertvollsten Kräfte. Auch rein technisch drängten die
Verhältnisse zur Umstellung. Wenn früher eine Kesselanlage aus-
geleert oder irgendeine geringfügige Reparatur vorgenommen
werden sollte, dann bot das Staatsgesetz die schwersten Hem-
mungen. Es gab endlose Verhandlungen zwischen der Direktion,
der Bergbaubehörde und den beteiligten Ressorts. Schließlich kam
eine Vorlage an den Landtag, und so verging Jahr und Tag, bis das
Notwendigste geschah. Das ist heute nicht mehr zu verantworten.
(Sehr richtig!)

Die Bureaufaktisierung.

die wir bisher hatten, hat lähmend auf die Entschlußkraft der Be-
amten gewirkt und die Selbstverantwortung nicht gefördert. Die
tüchtigen Elemente wollen in Betrieben arbeiten, in denen sie etwas
zu sagen haben und nicht bei jeder Maßnahme nach oben schreien
müssen. Mehr Initiative muß sich entwickeln können, wenn die
Wirtschaft gedeihen soll. Aus allen diesen und tausend anderen
Gründen war schließlich die Umstellung unvermeidlich.

Die Regierung plante ursprünglich die Zusammenfassung des
ganzen staatlichen Bergbaubetriebes in eine einzige Gesellschaft.
Die Regierung kam jedoch nach eingehenden Beratungen von ihrem
ersten Vorhaben ab und hat in ihrem Entwurf den Plan gefaßt,
eine G. m. b. H. als Dachgesellschaft zu bilden, von der
aus nachher territorial oder stofflich gegliederte Einzelgesellschaften
gebildet werden sollten. Die organisatorische Form war Gegenstand
der allerheftigsten Auseinandersetzungen. Auch der Staatsrat
hat sich sehr eingehend mit dieser Frage beschäftigt. Der Staatsrat
warnte davor, den Staatsbergbau einer privatwirtschaftlichen Ver-
waltungsgewalt auszuliefern. Er wünschte eine Aktiengesell-
schaft mit zentraler Leitung und die Sicherstellung des Einflusses
der Volkswirtschaft durch die Entsendung von zwei Landtagsmit-
gliedern in den Aufsichtsrat. Der verstärkte Ausschuss für Handel
und Gewerbe hatte schließlich in Anregungen des Staatsrates so
ziemlich Rechnung getragen.

Man kann natürlich manches gegen die Schaffung einer Aktien-
gesellschaft einwenden. Der Ausschuss glaubte aber, sich einem
nicht verschließen zu können; wenn man mehrere Aktien-
gesellschaften bildet und eine Dachgesellschaft darüber setzt, dann ist
das keine organische Zusammenfassung. Die Frage, ob eine oder
mehrere Gesellschaften gebildet werden sollten, wurde als
Zweckmäßigkeitsfrage und nicht als Prinzipienfrage behandelt. Und
der Ausschuss entschied sich mit 15 gegen 11 Stimmen für die

Bildung einer einheitlichen Aktiengesellschaft.

Reinigungsverschiedenheiten gab es bezüglich der Stärke und
Zusammensetzung des Vorstandes. Man kam dahin
überein, daß man eine starke Minorität von Herren bilde, die
draußen Leber der Werte sind. Damit werden alle Erfahrungen,
die draußen gesammelt werden, der Gesamtleitung nutzbar gemacht.
Die Abstimmung über die Zusammensetzung des Ausschusses ergab
allerdings eine schwache Mehrheit für diese Auffassung. Eine wei-
tere Reinigungsverschiedenheit zeigte sich bei der Frage, ob der Vor-
stand durch eine Gesellschaftsversammlung oder durch den Aufsicht-
rat zu wählen ist. Man kam zu dem Kompromiß, daß der Vorstand
durch die Gesellschaftsversammlung mit Zustim-
mung des Aufsichtsrates gewählt werden soll. Bei der
Entlassung ist es ebenso. Der Aufsichtsrat ist also nicht etwa das
fünfte Rad am Wagen, er ist mitverantwortlich und kann seinen
Einfluß bei der Bildung des Vorstandes und der Entlassung von
Vorstandsmitgliedern in die Waagschale werfen.

Schwierig war

Die Beamtenfrage.

Wie konnten kein Gesetz zur Konsolidierung des Beamtenums und
der Militärämter machen. Aber ich darf sagen, daß Regierung
wie Ausschuss die Absicht hatten, in der Loyalität der Beamten
gegenüber so weit wie nur möglich zu gehen, solange das den
Zwecken des Gesetzes und der Wirtschaft noch zuträglich ist. Ur-
sprünglich sollten die Beamten eine dreijährige Frist zur
Entscheidung darüber haben, ob sie dauernd im Dienst der Ge-
sellschaft bleiben wollten. Wenn sie das wollten, dann schieden sie
offiziell aus dem Staatsdienst aus, hatten Anspruch auf ihre
Pensionen und ihre erworbenen materiellen Rechte. Das ging aber
den Beamtenorganisationen nicht weit genug. Man kam schließlich
zu einer Verlängerung der Frist auf fünf Jahre — ein sehr
weitgehendes Zugeständnis, das finanzielle Konsequenzen für die
neue Betriebsform hat. Bisher ging es aus dem großen Topf des
Staates, und ob etwas übrig blieb oder nicht — die Beamten
mußten bezahlt werden. So geht es in einer Wirtschaftsorgani-

sation nicht. Damit müssen unsere Beamten sich von vornherein
vertraut machen. Hier wird die Aufstiegsmöglichkeit nicht erschaffen,
sie muß durch Tüchtigkeit erworben werden. (Sehr richtig!) Es
wird auch nicht möglich sein wie im alten preussischen Staat, daß
dem Militärämter eine Extrawurst gebraten wird, wie
das in einer Eingabe verlangt wurde. Das wäre noch schöner, wenn
die Invaliden aus dem Bergbau beiseitegehen müßten und die
Anwärter von den Erzieherplätzen und Volksschulen in einer Er-
werbsgesellschaft von vornherein berücksichtigt würden.

Was wir aufgebaut haben, ist im wahrsten Sinne des Wortes
ein gemeinwirtschaftlicher, ein sozialisierter Betrieb.

Der kann nur leben und gedeihen, wenn Arbeiter, Angestellte und
Beamte an die Betriebsform, die in der Zukunft Schule machen
wird, das letzte geben. Die Beamten haben also eine fünfjährige
Befristungszeit, in der sie erklären können, daß sie zum Vater Staat
als Beamte wieder zurückkehren wollen. Ich bin aber überzeugt,
daß sich keiner sperren wird, daß alle froh sein werden, wenn sie
dem Staat in der neuen Gesellschaftsform Dienst leisten können.

Das Bedenken, daß der Gesetzesentwurf eine Auslieferung
an das Privatkapital bedeute, ist durch nichts be-
gründet. So wie heute, ist der Staat und nur der Staat, In-
haber, Eigentümer der staatlichen Bergwerke, wie auch künftig die
Entwicklung gehen mag. Es ist nicht genug damit getan, daß der
Staat seine Produkte unverarbeitet weiterverkauft, daß er seinen
Rohreier an Privatgesellschaften abgibt, daß er seinen Bernstein
schürft und zur Weiterverarbeitung an Private gibt, daß er seine
Metalle und Edelerze an Private weitergibt, daß er draußen in
Rüdersdorf keinen Kalk gewinnt und unverarbeitet, ungebrannt
weiterverkauft an andere. Mit dieser Entwicklung wird man brechen.
Nicht nur die horizontale Erweiterung des Staatsbergbaues, nicht
nur der Erfolg der Verluste im Saargebiet und in Oberschlesien darf
das Ziel der Umstellung sein, auch die vertikale Durchgliederung
dieses großen Staatskonzerns, die

Erweiterung nach der Richtung der gesamten Montanentwicklung

ist nötig. (Sehr richtig!) Das wird aber nicht durch eine staatliche
Zuschußwirtschaft ermöglicht werden können. Die Erträge des
Unternehmens sollen seiner Vergrößerung und Entwicklung dienen.
Und wenn wir in den letzten Jahrzehnten die Entwicklung der Kar-
telle, der Preisstabilität vor allem, gesehen haben, und wenn heute
bestehende Vertreter der Privatwirtschaft zusammen mit dem Reichs-
wirtschaftsminister über die Kartellierung lamentieren, dann sage ich:
Hier in der Aufrichtung des staatlichen Industriekonzerns auf brei-
teiler bergbaulicher Grundlage ist die Korrektur für die Entwicklung
der Wirtschaftsschritte gegeben.

Es fällt dem Staate, dem Landtage, nicht ein, dieses Objekt der
Privatindustrie auszuliefern. Die Vertreter der Regierung haben
klipp und klar erklärt, daß niemand daran denke und auch nicht
daran, Privatkapital heranzuziehen. So leicht, wie das Privatkapital
durch Anleihen Mittel beschaffen kann, so leicht kann das auch
der Staat. Es ist nun beabsichtigt worden, daß nach der Fassung des
§ 5 des Entwurfs es immerhin möglich sei, daß ohne Zustimmung des
Landtages von den beiden Ministern Vermögensstücke abgetrennt
werden können. Beide Minister haben im Ausschuss erklärt, davon
könne keine Rede sein. Bei dem § 5 handelt es sich um nichts an-
deres als um das, was draußen im Wirtschaftsleben alle Tage
braucht ist. Ein großes Bergwerksunternehmen muß sich erweitern,
es muß austauschen und auch verkaufen können. Es kann sich aber
dabei immer nur um Parzellen, um Kleinigkeiten handeln, die die
Natur des gesamten Unternehmens in keiner Weise verändern. Ich
möchte die Staatsregierung bitten, daß sie bei diesem Punkt ihre
Aufsassung nochmals zum Ausdruck bringt, damit alle denagogischen
Wandlungen der Arbeiter gegenüber von vornherein unmöglich ge-
macht werden. (Sehr gut!) Niemand will dem Staatsministerium
eine Vollmacht geben, Staatsbesitz an die Privatwirtschaft zu ver-
büßern. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Zum Schluß eine Bitte an das Haus: Die Verabschiedung des
Gesetzes ist dringend. Wenn wir mit der Ruhrbesetzung zu Ende
kommen, steht der ganze Ruhrbergbau vor einer neuen Entwicklungs-
periode. Halbvorräte und Material sind erschöpft. Die Roksolen
sind in Ordnung zu bringen. Die Finanzierung wird Sorge machen.
Für den Staatsbergbau wird es eine doppelte Erschwerung bedeuten,
wenn jetzt nicht gleich am Ende der Ruhrbesetzung die notwendigen
organisatorischen Maßnahmen in die Wege geleitet werden. Des-
halb wird es notwendig sein, daß auch das Gesetz rasch verabschie-
det wird. Die schwebende Verabschiedung ist auch schließlich
deswegen wünschenswert, weil der Geist dieses neuen Wirtschafts-
gesetzes den Wiederaufbau unserer deutschen Wirt-
schaft beleben soll und muß. (Beifall.)

Handelsminister Siering:

Der Wunsch der Loslösung der staatlichen Bergwerke aus der
staatlichen Hoheitsverwaltung ist sehr alt; die katastrophale Geld-
entwertung der letzten Monate hat seine Erfüllung, hat die
Verwirklichung der Umstellung zu einer gebieterischen Notwendigkeit
gemacht. In der Folge wird nicht mehr der Handelsminister allein
auf diesem Gebiete das entscheidende Wort haben, ihm wird der
Finanzminister koordiniert sein. Um sein künftiges Mitbestim-
mungsrecht braucht der Landtag nicht besorgt zu sein; eine Garantie
bietet ja schon die Zusammenfassung des Aufsicht-
rates, von dessen 12 Mitgliedern 5 dem Landtage angehören
müssen. Auf die Erhöhung der Erträge des staatlichen Berg-
baues gehen wir begründete Hoffnungen. Die Zielvorgabe unseres
Bergwerksbetriebes empfiehlt schließlich die einheitliche Aktiengesellschaft
als die zweckmäßigste Gesellschaftsform. Die Regelung des
Beamtenverhältnisses war von der Regierung bereits mit
dem äußersten Entgegenkommen gegen die Beamten betrieben
worden; der Ausschuss ist darüber im Interesse der Beamtenhaft
noch hinausgegangen, seine Vorschläge werden vom Staatsminister
akzeptiert. (Beifall.)

Abg. Bruff (Z.) stimmt der Ausschlußfassung unter Zurückstellung
einiger besonderer Wünsche zu.

Abg. Dr. von Wolfshausen (Dnat.) trägt eine Reihe von Be-
denken vor.

Abg. Sobotta (Komm.): Der Gesetzesentwurf soll nur aus dem
Grunde so schnell verabschiedet werden, um dem vereinigten fran-
zösisch-deutschen Aktienkapital das Ruhrgebiet auszuliefern.

Abg. Dr. Pinkert (D. Bp.) betont, daß die traurigen Fi-
nanzverhältnisse die Umwandlung der Verwaltungsform der
Staatsbergwerke notwendig gemacht haben. Das neue Unternehmen
kann nur gesund erhalten werden, wenn den Leitern der örtlichen
Berggruppen auch äußerlich diejenige Stellung gegeben wird, die
ihnen gebührt. Die Generaldirektion in Berlin muß sich die beson-
deren Aufgaben einer Konzernverwaltung angelegen sein
lassen. Sie darf nicht zu groß und zu schematisch gestaltet werden.
Praktiker aus dem Wirtschaftsleben müssen heran-
gezogen werden. Die Homogenität des Beamtenkörpers muß das
Ziel bleiben.

Abg. Fischel (Dem.): Es gibt auch in den kaufmännischen Be-
trieben einen Bürokratismus, und vor diesem sollte man die neue
Organisation behüten.

Abg. Ebersbach (Dnat.): Wir hätten eine Lösung vorgezogen,
die dem Beamten seinen öffentlich-rechtlichen Charakter gewahrt
hätte.

Abg. Fries (Soz.): Bedauerlich bleibt, daß die Arbeiter und Angestellten

hinsichtlich ihrer Arbeitskraft nicht so absolut sichergestellt sind, wie
die Beamten; in diesem Punkte erwarten wir von der neuen Ge-
sellschaft, daß sie die Löhne und Bezüge auf einer Höhe hält, wie
sie die Erhaltung und Stärkung der Arbeitskraft erfordert.

Damit schließt die Aussprache. Die Vorlage wird ohne weitere
Erörterung nach den Ausschlußvorschlägen angenommen, eben-
so der Betragesentwurf.

Präsident Leinert schlägt vor, in einer Sitzung am Dienstag,
um 3 Uhr, die dritte Lesung der heute in zweiter Beratung er-
ledigten Vorlagen und die zweite und dritte Lesung des Ausführ-
ungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz vorzunehmen.

Zur Geschäftsordnung beantragt Abg. Dr. Kaufhold (Dnat.),
auch den Antrag der Deutschnationalen betr. die Bekämpfung der
Brandstiftungen auf dem platten Lande und des Auftretens gewaff-
neter Banden dofelbst am Dienstag zu beraten; Abg. Dr. Meyer-
Dingeldey (Komm.) will schon am Montag, evtl. sogar schon morgen,
die Beratung der kommunistischen Anträge und Anfragen vorge-
nommen wissen.

Die Geschäftsordnungsdebatte wird geschlossen. Die gestellten
Anträge werden abgelehnt.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 18. September, 3 Uhr. —
Schluß: 45 Uhr.

Aus der Partei.

Beschlüsse der Organisationen.

Hessen. Die Zentralkommission der Hessischen Sozialdemokratie be-
schloß sich mit der durch die große Koalition geschaffenen Lage.
Sie nahm eine Resolution an, in der es heißt:

„Der Landesvorstand der SPD. Hessens muß mit Bedauern
feststellen, daß die in die große Koalition gesetzten Erwartungen
bis jetzt nicht erfüllt worden sind. Der Dollarkurs hat eine
schwindende Höhe erreicht. Die Not der Volksmassen wird un-
erträglich. Von den drakonischen Maßnahmen der Reichsregierung
hat man bis jetzt noch nichts vernommen. Reichsbankpräsident
Havenstein ist noch immer im Amt. Die Drohung, daß, wenn er
nicht innerhalb drei Tagen zurücktritt, der Reichstag sofort ein-
berufen wird, ist bis jetzt noch nicht wahrgemacht worden. Der
Landesvorstand macht den Parteivorstand nachdrücklichst
darauf aufmerksam, daß, wenn die große Koalition verlegt und die
bürgerlichen Mitglieder der Reichsregierung sich weigern, die not-
wendigen drakonischen Maßnahmen zu treffen, um bessere Zustände
rasch herbeizuführen, es keinen anderen Weg geben kann, als den
zurückziehung der Vertreter der Sozialdemo-
kratischen Partei aus der Reichsregierung.“

Die Massen des Volkes verlangen von der neuen Regierung
Handlungen, nicht Verhandlungen, Taten und keine Ver-
sprechungen. Sie sehen nach wie vor ihr Vertrauen in die Sozial-
demokratische Partei. Wird dieses enttäuscht, so werden sie in das
Lager der Kommunisten und Indifferenten getrieben und ist der
Zusammenbruch der Partei unermesslich. Diese ist die stärkste
Stütze der demokratischen Republik. Fällt die Sozialdemokratische
Partei auseinander, so ist auch der Bestand der Deutschen Re-
publik auf das stärkste gefährdet. Der Landesvorstand rät:
daher nochmals den dringenden Mahnruf an den Parteio-
vorstand und die Reichstagsfraktion, sofort die Einberufung
des Reichstages veranlassen zu wollen und zur rücksichtslosen,
energischen Tat überzugehen, um Deutschlands Wirtschaft und Zu-
kunft zu retten.“

Im Anschluß daran werden konkrete Forderungen aufgestellt,
die mit der beschleunigten Beendigung der Ruhraktion“ und der
sofortigen „Erfassung der Sachwerte“ identisch sind.

Bremen. Die Vertrauensleute der Partei nahmen am 12. Sep-
tember einleitend folgende Entschlüsse an:

„Auf Grund der Tatsache, daß in der äußerst verzweifelten außen-
und innenpolitischen Situation, der großen Finanznotlage und der
sich immer mehr verschärfenden Wirtschaftskrise nur durch rasche
und energische Maßnahmen der Regierung Abhilfe geschaffen werden
kann, konstatiert die Versammlung aller bremischen SPD-Ver-
trauensleute, daß trotz weitgehender Versprechungen nichts Wesent-
liches geleistet ist, was für die Masse der werktätigen Bevölkerung
eine Verbesserung ihrer täglich sich verschlimmernden Lage bedeuten
würde.“

Die kapitalistische Klasse sabotiert systematisch das Steuerpro-
gramm der Regierung und die Maßnahmen des Defizitombudlers.
Sie treibt massenhaft die Arbeitenden auf die Straßen und schafft
Beunruhigung in immer größer werdendem Maße von Arbeitslosen.
Spekulationen aller Art zerstören aus purem Eigennutz absichtlich unsere
Währung und treiben die Preise aller notwendigen Dinge ins un-
ermeßliche. Die Folge ist, daß das Elend der Arbeiter, Angestellten,
Beamten, der Rentempfänger usw. sich täglich steigert.

Die Versammlung fordert deshalb von der Parteileitung und
der Reichstagsfraktion, daß sie an die Reichsregierung die ulti-
mative Forderung stellt, unverzüglich alle Machtmittel des
Staates einzusetzen, um diesen Zuständen ein rasches Ende zu be-
reiten.

Zusätzliche fordert die Versammlung:

1. Schnellste Liquidierung des Ruhrabenteuers durch direkte
Verständigung mit den Besatzungsmächten.
2. Möglichste Einwirkung der Steuern, die stets merzbe-
ständig zu gestalten sind, und strengste Anwendung der Straf-
bestimmungen gegen die Steuerhinterzuger und Arbeitgeber, die aus
Gründen der Steuerhinterziehung Arbeiter und Angestellte ent-
lassen.
3. Sicherung des Achtundzestages durch ein Reichsgesetz.
4. Schnellste Durchführung einer umfassenden Finanzreform.
Beteiligung des Reiches an der Wirtschaft durch Erfassung der
Sachwerte und staatliche Zwangshypotheken.
5. Rascheste Einführung der Goldwährung. Zu ihrer Stützung
restlose Beschlagnahme der Denkmäler, Edelmetalle und Edelsteine.
6. Beilegung des Reichswehrministers Gehler aus der Re-
gierung, gründliche Säuberung der Reichswehr von republikanisch
nicht zuverlässigen Elementen.

Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß nur bei Durch-
führung dieser Forderungen ein Verbleiben unserer Ge-
nossen in der Reichsregierung zu rechtfertigen ist.
Parteilung und Fraktion werden aufgefodert, die Genossen aus
der Regierung zurückzuziehen, wenn keine Möglichkeit
für die Durchführung dieser Forderungen gegeben ist.“

Leipzig. Eine Mitgliederversammlung der SPD. Groß-
Leipzig nahm am 7. September folgende Resolution an:
„Die durch über 2000 Personen besuchte Mitgliederversammlung
der SPD. Groß-Leipzig vom 7. September stellt mit Entschlossenheit
fest, daß das Kabinett der großen Koalition mit Einschluß der sozia-
listischen Minister nicht wesentlich über die Maßnahmen der Re-
gierung hinausgekommen. Sie erklärt darin den Beweis für die
Richtigkeit der Auffassung, daß die große Koalition untaug-
lich sei, die Lösung der immer brennender werdenden finanziellen,
wirtschaftlichen und politischen Probleme herbeizuführen.“

Darum verlangt die Versammlung unverzüglich die Durch-
führung diktorischer Maßnahmen in Richtung der beigefügten pro-
grammatischen Grundlagen. Sie verlangt von den Zentralinstanzen,
ihre Durchsetzung zu erzwingen.

Für dringend erforderlich erachtet die Versammlung eine
schleunige Aenderung des Beamtenapparates zwecks Festigung der
Republik.

Der Vorstand der Reichstagsfraktion hat für die sofortige Ein-
berufung des Reichstages Sorge zu tragen.“



Theater Lustspiele
Volkshöhne
 2 1/2 Uhr: Die drei Mäder
 7 1/2 Uhr: Und das Licht scheint in der Finsternis

Lessing - Th.
 Heute bis Do 7 1/2 Uhr: Wie es euch gefällt
 Freit. 7 U. z. 1 Male Der Uebestechliche

Deut. Künstler - Th.
 Allabendl. 7 1/2 Uhr: Der Fürst von Pappenheim

Theater i. a.
 Königsplatz, Straße
 Der Clown Gottes

Komödienhaus
 Unter
 Mein Vetter Eduard

Theater im Amstuhlsplatz
 Tägl. 7 1/2 Uhr
 Drunter und Draußen

Deutsch-Opernhaus
 Abends 7 Uhr:
 Tannhäuser
 Mtg. 7 1/2 Uhr: Die Fledermaus

Große Volksoper
 im Theater d. Westens
 Pk. 8. 2. und 3. Gesangs
 Mtg. 7 1/2 Uhr: Der Troubadour

Intimes Theater 8.
 Diplommat im Dienst
 D. blaue Pyjama etc.

Metropol - Theater
 7 Uhr: Casinogirls

Neues Theater a. Zoo
 7 1/2 Uhr: Von 8-7

Thalia-Theater
 7 1/2 Uhr: Herrschaft, Dienst gesucht

Theater i. a. Komödienhaus
 7 1/2 Uhr: Charlotte

Wallner-Theater
 8: Die tolle Lola
 3 U.: Der laune Lohmeyer

Lustspielhaus
 Pflaß: Vom Schlossberg
 Gastsp. Die Truppe
 7 1/2 Kaufm. v. Venedig

Walhalla Theater
 Weinbergsweg 19/20
 Tägl. 8 Uhr:
 Die spanische Fliege

Der große Operettenerfolg
 7 1/2 **Charlie** 7 1/2
 Theater i. a. Kommandantenstraße

Ausscheiden! Central-Theater Antheben I
 in der Alten Jakobstraße 30/32
 Ganz besondere Vergünstigung für unsere Leser, die zahlen für alle Plätze
 nur 1/3 des Kassenpreises!
 Täglich 8 Uhr: Die polnische Wirtschaft
 Operette in 3 Akten in bester Besetzung
 Gültig v. 16. bis inkl. Sonntag, 23. Sept. für 1-4 Plätze

Walhalla-Theater Weinbergsweg 19/20
 Tägl. 8 Uhr: Der Bomben-Lach-Erfolg
Die spanische Fliege
 Ermäßigung für die Leser des „Vorwärts“
 Sonntag's halbe Kassenpreise

THALIA-THEATER
 Dresdener Straße 72/73 - Dir.: Karl Hajós
 Dienstag, 18. Sept. (7 1/2): Uraufführung
Mimikry
 Ein erotischer Scherz in 3 Akten von C. K. Roellinghoff

Arendina Kroese
 (Klavier) - Haag
Sam Swaap
 (Holme) - Haag
 Karten bei Bote & Dock, Wertheim

Rennen zu Grunewald
 Sonntag, den 16. Septbr.
 nachm. 2 Uhr

Rose - Theater
 Wiedereröffn. a. 20.9.
 7 1/2 Uhr:
 Ein Mann aus d. Volke

Theater des Ostens
 7 1/2 Uhr:
 Verheiratete Junggesellen

Casino-Theater
 8 U. Die 8 U.
 neuen Reichen

Reichshallen-Theater
 Tägl. 7 1/2 U.
 u. Sonntag 3 U.
 Stett. Sänger.

Rennen zu Karlshorst
 Montag, d. 17. September
 nachm. 2 Uhr

Brillanten
 Edelmetalle, Juwelen, Gold- und Silberwaren
Schneider & Sohn
 Inh. Erwin Schneider
 Teanstraße 15, vorn
 an der Friedrichstraße

WINTERSPORTEN
 Heute 2 Vorstellungen 2
 faden h. h. v. 8. 3. 4. 5

Ausbau der Kinderfürsorge
 durch die Gemeinde
 von Dr. Selma Schöber-Auwack
 Eine notwendige Schritt für Behörden und Ausschüsse, Lehrer und Erzieher, wie überhaupt für alle, die sich in der Wohlfahrtspflege betätigen.
 Preis-Grundzahl Mk. 0,15
 Buchhandlung Vorwärts Berlin SW, Lindenstr. 3

Marken-Zigaretten
 v. e. Saba, Juno, Salem und and. bekannte v. 160 Mill. an
Zigaretten - Tabake
 zu äußerst günstigen Preisen, jedes Quantum prompt lie. erbar.
Nei-Ko, Wiener Str. 8

Zahle höchste Preise!
 für alte Auto- u. Fahrradschläuche
 Stefan 7825, Vormittags bis 12 Uhr.

Zigaretten, Zigaretten
 (Wolke, Saba, Baskoff etc.)
 zu günstig. Preisen
 Schreiber, Holzmarktstr. 23

Marken-Zigaretten
 Schweizer Stempeln
 und Zigaretten
 gibt billigst ab
Adolf Nagel
 Hermannplatz 6

Wien-Berlin
 Unterhaltungs-Varieté
 Das größte Nachmittags-Kabarett
 Das neue sensationelle Varieté-Programm
 Große Bier-Abteilung

Ortskrankenkasse der Gürtler zu Berlin.
 Bekanntmachung
 SRIT Wählung vom 17. September 1923 ist der Höchstgrundlohn auf 36 000 000 SRIT festgelegt worden. Zweckerempler der Neueinstellung mit den Beiträgen sind ab 17. September 1923 im Rajenlistat erhältlich. Berlin, den 15. September 1923.
 Der Vorstand 135-11
 S. Röder, Vors. D. Rantjghe, Schriftf.

Etablissement Café Zielka
 Friedrichstr. 69/60, E. Leipzigerstr.
Heute 4 1/4 Uhr:
 Wiederbeginn der beliebten
Nachmittags-Varité- und Kabarett-Vorstellungen
 im großen Konzertsaal.
 Maria Zielka, Alfred Lüntner, James Basch, Lena Döveke
 Dreiers Alpenspiele und Walschneelanz
 Zwei Hugos, Musikclowns
 Erstes Wiederauftreten der berühmten Solo-Tänzerinnen
 Leni Bowitz und Ines Mesina
 nach ihrer erfolg. Auslandsgastspiel
 Ballett Oberon (4 Damen)
 einstudiert von EGON MOLKOW
 J. Birbaum m. groß. Orchester
Eintritt frei!
 bis auf reserv. Plätze.
 Abds. 7 1/2 U.: Das große Programm!



HAMBURG - AMERIKA LINIE UNITED AMERICAN LINES
 Nach
NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA
AFRIKA, OSTASIEN USW.
 Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. - Hervorragende III. Klasse mit Speisensaal, Erstkabinen, Salons und Kajütendampfer.
 Etwa wöchentliche Abfahrten von
HAMBURG NACH NEW YORK

Eisenbahnfahrkarten
 zu Schalterpreisen. Zusammenstellen Fahrscheine für das In- und Ausland

Schlafwagenplätze
 Bettkarten für deutsche und für internationale Schlafwagen

Reisegepäckversicherung
 ohne Zeitverlust zu günstigen Bedingungen, auch für Obersee

Luftverkehr
 Rundflüge, Reklameflüge, Brief- u. Paketbeförderung

Auskünfte und Drucksaften durch
HAMBURG - AMERIKA LINIE
 Hamburg und deren Vertreter in
 BERLIN W 8, Unt. d. Linden 8
 Potsdamer Platz 3 und
 Leipziger Str. (Kaufhaus Platz)
 Frachtauskunft erteilt das
 Schiffsverkehrsamt G. m. b. H.
 BERLIN W 8, Unt. d. Linden 8.

Inferate im Vorwärts sichern Erfolg!

ELEMENTAR-BÜCHER DES KOMMUNISMUS
 Es befinden sich in Vorbereitung und erscheinen in Kürze:

KARL MARX und FRIEDRICH ENGELS:
Das kommunistische Manifest
 Mit Einleitungen und Fremdwörterverzeichnis von H. Dunder

KARL MARX: Lohnarbeit und Kapital
 Mit einer Einleitung von H. Dunder

KARL MARX: Lohn, Preis und Profit
 Mit einer Einleitung von H. Dunder

KARL MARX: Briefe an Kugelmann
 Mit einer Einleitung von N. Lenin

FERDINAND LASSALLE:
Ueber Verfassungswesen
 Mit einer Einleitung von Franz Mehring und einem Fremdwörterverzeichnis als Anhang

FERDINAND LASSALLE:
Arbeiterprogramm
 Mit einer Einleitung von Franz Mehring

FRIEDRICH ENGELS:
Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
 Mit Anhang: Die Mark

FRIEDRICH ENGELS:
Grundsätze des Kommunismus

N. LENIN: Karl Marx

ROSA LUXEMBURG:
Militarismus, Krieg und Arbeiterklasse
 Mit einer Einleitung von Paul Frölich

Die Sammlung wird fortgesetzt / Preise und Prospekte bitte zu verlangen

Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten
 G. m. b. H. Berlin SW 67

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!
 Als Selbsthersteller liefern ich in Qualität und Preis einzig dastehend

Trauringe
 gest. gesch.

Dukatengold
 585 gestempelt 2700
 333 gestempelt 2700
 Einfache Ringe zu den niedrigsten Tagespreisen

Hermann Wiese, Juweller, Berlin N, Artilleriestr. 30
 Bitte auf Hausnummer achten.
 Ausführliche Preisliste nach außerhalb gegen Rückporto.
 Anfragen u. Bestellungen ohne Rückporto können nicht erledigt werden.
 Garantieschein für gesetzlichen Goldinhalt
 Telegr.-Adr. Trauringen Berlin.

Geschlechtskrankheiten
 Behandlung von Syphilis, Hautausschlägen, Wunden, Gonorrhöen, hartnäckigen Ausschlägen, auch wo alles versagt, wurden **Phorofans** durch das neue **Phorofans** Patent, kurzfristig geheilt. Viele Dankfassungen und Dankschreiben.
 Gewissenshafte ärztl. Leitung.
Phorofans - Oelantalken, Potsdamer Str. 109, nahe Steglitzer Str. Oranienstr. 191, nahe Rosenfelder Pl. Getrennt für Herren und Damen. Sprechzeit täglich 10-7, Sonntag 9-12

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter
 Den Mitgliedern der Filiale Berlin und den Interlokallern zur Kenntnisnahme, daß wir infolge der weiteren Wertverwertung und der Umänderung des Stundenlohnes ermgungen sind, auch den für die 17. Beitragswoche festgelegten Betrag **doppelt zu erheben**. Es sind also für die 17. Woche 2 Warten der betreffenden Beitragsliste zu liefern.
 Ferner weisen wir darauf hin, daß vom 1. Oktober ab alle rückständigen Beiträge, die länger als 3 Wochen zurückliegen, nicht mit dem herkömmlichen Beitrag, sondern mit dem am Gebührensangelegten Beitragssatz zu bezahlen sind.
 Die Interlokallern müssen alle nicht mehr gültigen Beitragsscheine bei der nächsten Abrechnung zurücksenden.
 Die Ortsverwaltung.

ROYAL MAIL LINE
 Die Königl. Englische Postdampfer-Linie
 Gegründet 1839
 Regelmäß. beschleunigter Post-, Passagier- und Frachtdampferdienst

Sohn-	Logement	Grund-	Beitrag
Rufe	bis einchl.	lohn	pro Tag
I.	3 600 000	2 700 000	270 000
II.	7 200 000	5 400 000	540 000
III.	10 800 000	8 100 000	810 000
IV.	14 400 000	10 800 000	1 080 000
V.	18 000 000	13 500 000	1 350 000
VI.	21 600 000	16 200 000	1 620 000
VII.	25 200 000	18 900 000	1 890 000
VIII.	28 800 000	21 600 000	2 160 000
IX.	32 400 000	24 300 000	2 430 000
X.	36 000 000	27 000 000	2 700 000

Für Beitragswoche ohne Entgelt sind 1/2 des in Stufe I festgelegten Betrages zu zahlen. Verhöre sind nur umzusetzen, wenn sich die biwochliche Stufe ändert.
 Berlin-Wilmersdorf, den 14. Sept. 1923.
 Der Vorstand: R. Engelhardt, Vors. W. Wagners, Schriftf.

BRASILIEN - LA PLATA
 von Southampton und Cherbourg
 P.-D. „Avon“ 23. September
 P.-D. „Almanzora“ 12. Oktober
 Anschlußdampfer von Hamburg.
 Nähere Auskunft erteilen:
ROYAL MAIL LINE G. m. b. H.
 HAMBURG BERLIN
 Alsterdamm 39 Unter den Linden 17-18
 sowie für Passage:
Brasch & Rothenstein, Berlin
 Unter den Linden 71
 Änderungen vorbehalten

Allg. Ortskrankenkasse f. Berlin-Steglitz
 Bekanntmachung
 Vom 17. Septbr. bis 23. Septbr. 1923, ist der Höchstgrundlohn auf 36 000 000 SRIT festgelegt. Für diese Zeit betragen demnach die höchsten Beiträge in Tausend Mark in den Stufen A 180, II 270, III 360, IV 450, V 540, VI 630, VII 720, VIII 810, IX 900, X 990.
 Auf die erhöhten Beiträge haben die Beschäftigten ab 24. 9. 1923 Anspruch. Berlin-Steglitz, den 14. Septbr. 1923.
 Der Vorstand: Noedel, Vors. W. Wagners, Schriftf.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Verwaltungsbezirk XI Berlin, Schöneberg-Friedenau.
 Der Höchstgrundlohn wird vom 17. Sept. 1923 ab auf 36 000 000 SRIT festgelegt. Entsprechend sind die erhöhten Beiträge ab 30. September 1923. Auf Gehaltsanforderungen in Schöneberg-Friedenau wird verwiesen.
 Der Vorstand: A. Schulz, Vors. F. Cohn, Schriftf.

Am Freitag, 14. September, nach noch kurzen, schwerem Leiden unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin, Tante und Braut
Emma Tillwig
 im Alter von 24 Jahren.
 Im Namen der Hinterbliebenen
 Familie Gustav Tillwig
 Richard Even
 Die Einäschung findet am Dienstag, den 18. September, um 3 Uhr im Krematorium Baumhaldenweg statt. Anwesenheit dankend verbeten.

Altmetalle
 kauft von
Fabriken Handwerkern Händlern usw.
W. Nelke
 Belle-Alliance-Str. 95
 Dantfagung.
 Für die überaus reichhaltige Teilnahme anlässlich des Todes meines unvergesslichen Mannes
Hans Dreher
 insbesonders Herrn Bischoff für die treuliche Gedächtnisrede in der Halle sowie denjenigen, die seiner in so warmen Worten am Grabe gedachten
 Im Namen der Hinterbliebenen
Hans Dreher.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Zehlendorf und Umgegend
 Vom 17. September 1923 gelten folgende Schlußsätze, Grundlohn und Beiträge:

Stufe	Arbeitsentgelt auf den Kalenderbetrag	Grundlohn	Tägl. Beitrag
A	Rechnung aller Wrt	1800000	180000
1	1600000	2700000	270000
2	3200000	5400000	540000
3	4800000	8100000	810000
4	6400000	10800000	1080000
5	8000000	13500000	1350000
6	9600000	16200000	1620000
7	11200000	18900000	1890000
8	12800000	21600000	2160000
9	14400000	24300000	2430000
10	16000000	27000000	2700000

 Die erhöhten Beiträge werden vom 24. September 1923 ab gewährt.
 Zehlendorf, den 14. September 1923.
 Der Vorstand: G. Sigale, A. Fischer, Schriftf.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Lichterfelde
 Durch Berechnung des Reichsbeitragsministers gilt als Höchstgrundlohn das hierliche der für Lebensversicherungen ermittelten Reichsbeitragszahl, aufgerundet auf volle 1000 Mark.
 Für die Woche vom 17. September bis 23. September 1923 betragen:

Stufe	Arbeitsentgelt auf den Kalenderbetrag	Grundlohn	Tägl. Beitrag
A	Rechn. ohne Entgelt	2700	270
1	bis 3600	2700	270
2	über 3600	5400	540
3	7200	8100	810
4	10800	10800	1080
5	14400	13500	1350
6	18000	16200	1620
7	21600	18900	1890
8	25200	21600	2160
9	28800	24300	2430
10	32400	27000	2700

 Die Mitglieder bleiben in den bisherigen Stufen, nur, daß sich entsprechend der Beitrag mit der Grundlohn ändert.
 Auf die erhöhten Beiträge besteht Anspruch ab 18. Oktober 1923.
 Berlin-Lichterfelde, den 14. Septbr. 1923.
 Der Vorstand: O. Gebert, F. Saneberg, Schriftf.

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Lichtenberg
 Bekanntmachung
 Für die Woche vom 17. September bis einschließlich 23. September 1923 werden folgende Grundlohn, Lohnstufen und Beiträge festgelegt:

Stufe	Grundlohn	Woch. Beitrag	Monat. Beitrag	Beitrag Kalenderbetrag
A	Rechnung ohne Entgelt	180	18000	18000
1	2700000	270000	10800000	270000
2	5400000	540000	21600000	540000
3	8100000	810000	32400000	810000
4	10800000	1080000	43200000	1080000
5	13500000	1350000	54000000	1350000
6	16200000	1620000	64800000	1620000
7	18900000	1890000	75600000	1890000
8	21600000	2160000	86400000	2160000
9	24300000	2430000	97200000	2430000
10	27000000	2700000	108000000	2700000

 Die erhöhten Beiträge treten mit dem 15. Oktober 1923 in Kraft.
 Reichsbezirk 5031046 mal 7, aufgerundet 36 000 000.
 Da sich in der Regel das Einkommen durch die Angelegenheiten erhöht, bleiben die Beschäftigten auch nach der neuen Tabelle in derselben Grundlohnstufe wie bisher.
 Sollte das Einkommen mit obiger Tabelle nicht übereinstimmen, so muß eine Umstellung innerhalb einer Woche erfolgen.
 Der Kassenvorstand:
 O. Seiffel, Vors. H. Hoffmann, Schriftf.

Allg. Ortskrankenkasse Bln. - Wilmersdorf
 Für die Woche vom 17 bis 23. September 1923 gelten folgende Lohnstufen und Beiträge:

Sohn-	Logement	Grund-	Beitrag
Rufe	bis einchl.	lohn	pro Tag
I.	3 600 000	2 700 000	270 000
II.	7 200 000	5 400 000	540 000
III.	10 800 000	8 100 000	810 000
IV.	14 400 000	10 800 000	1 080 000
V.	18 000 000	13 500 000	1 350 000
VI.	21 600 000	16 200 000	1 620 000
VII.	25 200 000	18 900 000	1 890 000
VIII.	28 800 000	21 600 000	2 160 000
IX.	32 400 000	24 300 000	2 430 000
X.	36 000 000	27 000 000	2 700 000

 Für Beitragswoche ohne Entgelt sind 1/2 des in Stufe I festgelegten Betrages zu zahlen. Verhöre sind nur umzusetzen, wenn sich die biwochliche Stufe ändert.
 Berlin-Wilmersdorf, den 14. Sept. 1923.
 Der Vorstand: R. Engelhardt, Vors. W. Wagners, Schriftf.

Innungskrankenkasse der Tischler-Innung zu Berlin.
 Vom Montag, den 17. September 1923 ab gelten folgende Beiträge, Lohnstufen und Grundlohn:

Sohn-	Entgelt	Grundlohn	Tägl. Beitrag
Rufe	ohne Entgelt	pro Tag	Beitrag
A	3 500 000	2 625 000	106 875
1	7 000 000	5 250 000	203 750
2	10 500 000	7 875 000	305 625
3	14 000 000	10 500 000	407 500
4	17 500 000	13 125 000	509 375
5	21 000 000	15 750 000	611 250
6	24 500 000	18 375 000	713 125
7	28 000 000	21 000 000	815 000
8	31 500 000	23 625 000	916 875
9	35 000 000	26 250 000	1 018 750
10	38 500 000	28 875 000	1 120 625

 Auf die erhöhten Beiträge haben die Beschäftigten ab 14. Oktober 1923 Anspruch.
 Berlin, den 13. September 1923.
 Der Vorstand: Otto Gross, Vors. W. Sindemann, Schriftf.

Ortskrankenkasse für die Gewerbe der Tischler und Pianoortelarbeiten zu Berlin
 Vom 17. bis 23. September 1923 ist der Höchstgrundlohn auf 36 000 000 SRIT festgelegt. Der tägliche Beitrag der höchsten Stufe beträgt 21 000 Mark. Anspruch auf die höheren Beiträge haben die Beschäftigten ab 15. Oktober 1923. Druckerempler der Neueinstellung sind im Rajenlistat in Empfang zu nehmen.
 Berlin, den 15. September 1923.
 Fr. Petersen, D. Gell.

Sofortiger Entschluß!
 Nur noch solange Vorrat!
 Weit unterm heutigen Einkaufspreis!

Weiche Flauchmäntel . 295 385 475 Millionen
 Kunstseidene Jumper . 89 126 172 "
 Eskimomäntel mit Biesen 675 850 994 "
 Reinwollene Strickjacken 128 156 291 "

Enorm billig
 Biber - Plüschmäntel, Mohär - Astrachanmäntel, Maulwurf-Astrachanmäntel, gestreifte Tuch - Wintarkostüme, entzückende Polzmäntel, Seal Electric, Biborette, Maulwurf-, Fohlen-, Sinksjaaken, darunter Original-Modelle
solange Vorrat unterm heutigen Einkaufspreis!

Westmann
 1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstr. 37a 2. Geschäft: Berlin N 0, Gr. Frankfurter Str. 115

Pflicht zur Bodenreform.

Von Otto Albrecht*).

Bodeneigentum, das sich bereits in öffentlicher Hand befindet oder neu in diese Hand übergeht, muß als dauernd unverkäuflich erklärt werden, auch für die Fälle einer wohnwirtschaftlichen Nutzung. Das wird immer die beste und einfachste Sicherung der Grundrente für die Allgemeinheit ermöglichen. Eine Hingabe dieses Bodens als Erb- oder als Zeitlehen verfehlt den Lebensträger in all jene Sicherungen, die er sonst überhaupt benötigt; sie gewährleistet auch die bestmögliche Nutzung.

Trotzdem wird es sich aus anderen Gründen empfehlen, das einmal vorhandene Bodenprivatigentum bis zu einem gewissen Umfange auch weiterhin als solches anzuerkennen. Ich selbst habe kürzlich (vgl. Neue Zeit 1923, Heft 6 und 7) vorgeschlagen, den Umfang einer selbständigen Ackerkultur als Normalgrenze zu setzen. Die Richtlinien der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sind auf 750 Hektar für landwirtschaftlich und auf 100 Hektar für forstwirtschaftlich genutzten Boden abgestimmt. Will man schon schlechtere Zahlen nennen, so dürften diejenigen der Richtlinien entschieden zu hoch sein. Forstwirtschaftsboden sollte mit seinen ganzen Beständen öffentliches Eigentum werden; ausnehmen sollte man nur solche Flächen, deren Nutzung zugleich dem damit verbundenen Landwirtschaftsbetrieb dienen muß, und zwar im Umfange dieser Nutzungsnotwendigkeit, soweit solche sich sachwirtschaftlich auch rechtfertigen läßt. (Die öffentliche Wirtschaftsaufsicht hat sich selbstverständlich auf diese Betriebsteile mit zu erstrecken.) Für landwirtschaftlichen Nutzboden wird man vielleicht 100 Hektar (gleich 400 preussische Morgen) als Norm ins Auge fassen können. Man wird soweit zurückgreifen dürfen, weil einmal die Betriebsgröße dadurch gar nicht berührt wird; denn die öffentlichen Eigentümern werden Flächen können ja nach wie vor beim bisherigen Betrieb, und zwar nunmehr als Lebensbesitz, verbleiben. Zum anderen offenbart die Reichsbetriebsstatistik von 1907, daß damals nur ein Viertel der vorhandenen Betriebe über 100 Hektar groß waren.

Die von interessierten Seiten vorgebrachten Einwände, nur Eigentumsbesitz gewährte höchstmögliche Wirtschaftserfolge, sind bei näherer Betrachtung durchaus hinfällig. Vielfach läßt sich sogar glatt das Gegenteil beweisen. Die Eigentumsverteidiger in den Kreisen der Großgrundbesitzer handeln hier lediglich als Vertreter des politischen Machtstandpunktes; sie wissen, daß der bisherige unheilvolle politische Einfluß ihrer Klasse damit steht und fällt.

Eine sehr wichtige Angelegenheit ist noch die Frage der Hypothekenbeleihung des Bodens. Günstiger als gegenwärtig, die Verschuldung landwirtschaftlichen und sonstigen Bodens hintanzuhalten, war die Zeit noch niemals. Alle Goldhypotheken aus der Vorkriegszeit sind durch die Geldentwertung erledigt. Neuverschuldung des Bodens darf fürderhin, wenn überhaupt erlaubt, nur noch begrenzt als zulässig erklärt werden. Demnach: ein Reichsgesetz, durch das eine Verschuldungsgrenze vorgeschrieben wird. Als besserer Ersatz ist die Personalkredithilfe zu entwickeln, dazu das Recht der Beleihung von Wirtschaftsinventarien mit Tilgungshypotheken in Gemäßheit des Verschleißes dieser Sachwerte.

*) Bergl. Nr. 421 des „Vorwärts“.

Der zurzeit nur durch ein Notgesetz geregelte Pacht- schutz ist durch dauerhafte Bestimmungen zu verbessern und zu erweitern und dem zu schaffenden Lebens- und dem Siedlungsrecht anzunähern. Eine seiner Eigenart angepaßte Annäherung an den Pachtschutz bedarf auch das sogenannte Deputat, d. i. das Arbeitsdienstland.

Das Siedlungswesen selbst hat sich, wie schon eingangs kurz bemerkt, dem allgemeinen Bodenrecht völlig einzuordnen. Das heißt, das neu zur Ausgab gelangende Siedlungsland wird fürderhin als öffentliches Eigentum nur noch nach Erblichensrecht auszugeben sein, sowohl das für land- wie auch das für wohnwirtschaftliche Zwecke. Im übrigen ist hinsichtlich landwirtschaftlicher Siedlungsbestrebungen selbstverständlich streng zu unterscheiden zwischen berechtigten und unberechtigten Forderungen. Den zu verwendenden Maßstab bezeichnen u. a. auch die Richtlinien der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in ihrer Einleitung, wo es heißt: „Ziel der Bodenverteilung und Bodennutzung muß die Steigerung des landwirtschaftlichen Ertrages sein“. Alles, was auf dieser Richtlinie liegt, ist unterstützungswert. Dabei darf nicht schematisiert werden, sondern jedes Vorhaben ist für sich zu beurteilen. Je mehr Boden dem Lebensrecht unterstellt wird, um so leichter ist in späterer Zeit auch eine betriebswirtschaftliche Umstellung im Sinne der Betriebsgröße möglich, wenn etwa veränderte technische Verhältnisse solches ratsam machen.

Eine Versorgung auch nichtlandwirtschaftlicher, aber in ländlichen Verhältnissen lebender Bevölkerung mit Kleinpachtland im Umfange bis zu 1/2 Hektar nach reichsgesetzlichen Bestimmungen ist durchaus vertretbar, und zwar mit Aufhebung derselben Bewirtschaftungspflicht und dem Rechte des Entzuges durch die Aufsichtskörperschaften, wie für anderes Wirtschaftsland. — Das Haus- und Kleingartenland ist bezüglich der Bewirtschaftungspflicht nach einem Sonderrecht zu behandeln, das den Haus- und den Kleingarten zum Teil dem Wohnrecht unterstellt, insofern nämlich, als dieser Teil Wohn- und Erholungszwecken zu dienen hat.

Mit Vorstehendem sind die Hauptgebiete für eine reichsgesetzlich zu betreibende, nicht länger mehr aufschiebbare Bodenreform bezeichnet. Die Richtlinien der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion weichen in manchen Punkten um einiges davon ab. Sonst aber ist auch von diesen Richtlinien zu sagen, daß ihr Inhalt Stoff für mindestens einem Duzend von besonderen Bodenreformgesetzen bietet. Der Stoff sollte von uns selbst ohne Verzug in Bearbeitung genommen werden. Man kann bei der heutigen politischen Lage nicht voraussehen, ob nicht doch noch einmal unter Umständen „über Nacht“ Verhältnisse eintreten, die der Sozialdemokratie die politische Macht in die Hände geben. In einem solchen Falle müssen wir mit den notwendigen Vorarbeiten so weit sein, daß es möglich ist, alle die erforderlichen Maßnahmen aller- schnellstens durchzuführen, vielleicht gar vermöge einer — Diktatur. Liegt solcher Diktaturgedanke denn wirklich so fern? Selbst andere Kreise beschäftigen sich allen Ernstes damit, so zum Beispiel der bekannte deutschvölkische Graf von Reventlow; dieser schreibt in seinem „Reichswort“ (Nr. 14), nachdem er vorweg den „sozialen Volksstaat, die freieste aller Republiken“ gar nicht so sehr mit Unrecht ob seiner bisherigen Haltung zur Bodenfrage arg verspottet hat: „Die Lösung der Bodenfrage ist nur durch einen einzigen rücksichtslos durchgreifenden Willen praktisch denkbar. Ob dieser

Wille von einem einzigen Manne oder von einer Anzahl auszugehen hat, ist eine Frage für sich. Irgendeine Form der Diktatur wird es aber sein müssen. . . Läge die Macht im deutschen Staate in irgendeiner Form bei den Deutschvölkischen, so wäre der einheitliche Wille ebenso sicher vorhanden, wie die Gewißheit, daß er radikal durchgreifen würde.“ Auch dem bayerischen Bandenführer Hitler wird nachgesagt, daß er ein „radikales Bodenprogramm“ habe; vielleicht deckt es sich mit demjenigen des Grafen v. Reventlow. Dieses aber kann unmöglich mit dem übereinstimmen, das wir vertreten wollen und vertreten müssen.

So unvorbereitet wie die Novembertage des Jahres 1918 uns in der Bodenfrage getroffen haben, darf uns keine Gelegenheit mehr finden.

Es mag vielen als reichlich optimistisch amuten, wenn ich zum Schluß meiner Ansicht dahin Ausdruck gebe: Schon die nächstjährigen Reichstagswahlen können geeignet sein, der Sozialdemokratie die politisch-parlamentarische Macht in die Hände zu geben. Voraussetzung dazu ist nur unser Wille zu dieser Macht. Ich behaupte: dieser Wille kann entwickelt werden, und zwar vermittelt eines in allen Einzelheiten abgerundeten und schlüssigen sozialen Bodenreformprogramms, das den gewollten Inhalt aller notwendigen Bodenreformgesetze genügend klar erkennen läßt. Denn etwa neunzig vom Hundert der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches haben allen Grund und alle Ursache, sich um ein solches soziales Bodenreformprogramm zu scharen.

In allen großen Bodenfragen heißt es für die deutsche Sozialdemokratie: Hier gibt es kein Rundspitzen mehr; es muß gepfeifen werden!

UNITED STATES LINES

Amerikanische Regierungsdampfer
NACH NEW YORK
von Southampton — Cherbourg

LEVIATHAN
18. September, 9. u. 30. Oktober, 20. November, 11. Dezember
Von BREMEN über Southampton und Cherbourg nach NEW YORK

GEORGE WASHINGTON
21. September 24. Oktober 18. November
America 20. September 31. Oktober
President Roosevelt 3. Oktober 7. November
President Fillmore 4. Oktober
President Harding 10. Oktober 14. November
President Arthur 19. Oktober

Abfahrt von Southampton und Cherbourg 1 Tag später
Alles Nähere durch untenstehende Adressen
Vorteilhafte Gelegenheit für Güterbeförderung

UNITED STATES LINES

Berlin W 8, Unter den Linden 1 NW 40, Invalidenstr. 93
Berlin W 9, Budapeststr. 5 W 8, Unter den Linden 22
General-Vertretung: Norddeutscher Lloyd, Bremen



Der richtige Weg

Persil

so zu verwenden, wie es den größten Nutzen bringt!

- Richte Dich nach folgender Vorschrift, sie ist einfach und bringt Gewinn:
1. Löse Persil in kaltem Wasser auf, nicht in warmem; dadurch sicherst Du Dir die größte Ergiebigkeit. Ein Paket schon ergibt 2 1/2 — 3 Eimer schönster Lauge.
 2. Lege die Wäsche in die bereitete kalte Lauge und bringe sie unter gelegentlichem Umrühren langsam zum Kochen. Eine Viertelstunde Kochenlassen genügt.
 3. Spüle gut, zuerst in warmem, danach in kaltem Wasser, bis dieses ganz klar bleibt.

Das ist alles!

Der Erfolg zeigt sich in duftig frischer Wäsche von blendender Reinheit. Du brauchst bei dieser Behandlung keinerlei Zusätze von Seife und Seifenpulver, brauchst nicht zweimal zu kochen und Deine Wäsche nicht auf dem Waschbrett zu reiben.

So spärst Du Kohle, Zeit und Geld und schonst die Wäsche!

Ein wirtschaftlicheres Waschen gibt es nicht!

Mach die Probe! Du allein hast den Nutzen davon!

Eine erhebliche Erleichterung bei jedem Waschen bringt das vorherige Einweichen in Henko, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda; es wirkt schmutzlösend und verkürzt die nachfolgende Behandlung.

